Glocalist
REVIEW

Ausgabe Nr. 130/2006
Herausgegeben von:
Christian Neugebauer
Euro 3,- 13.11.2006
www.glocalist.com
office@glocalist-review.com
ISSN 1729-6722

Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO-Management, Politik, Ökonomie und Kultur | *Gegr. 2003*

Klausurtagung Zivilgesellschaft

Die Geschichte geht weiter. 18./19. Nov.

ÖGB Reform

Zur Demokratiediskussion im ÖGB

PS: Im Übrigen gehört die Spenden-absetzbarkeit generell eingeführt.

INHALT

Editorial

Rezepte für Morgen 3

Konferenz Zivilgesellschaft

Einladung zur Klausurtagung Konferenz der Zivilgesellschaft 4

Programm Klausurtagung 6

Organisatorisches Vorwort 8

papers zu klausurkonferenz 18./19.11 ..... 9 - 25

Ideen, Workshops, Statutenentwurf, Arbeitspapiere, u.a.

ABO zahlen = ethisches lesen - DANKE 7

Glock klagt Amnesty international 26

EU-Report

Kommissar Piebalgs trifft Klimaexperten Sir Nicholas Stern im Zusammenhang mit der Überprüfung der Energiestrategie der EU 29

EU-Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit 30

Kommission begrüßt den "World Energy Outlook" der IEA als nützlichen Input für die europäische Energiepolitik 33

Zur Demokratiediskussion im ÖGB

Vorwort 34

Die Dokumente als Anhang

Nächste Ausgabe

20.11.06

Impressum

Glocalist Review : Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO-Management, Politik, Ökonomie und Kultur; Gegr. 2003

Medieninhaber und Verleger: „arbeitsraum-philosophie“ agentur für analoge & digitale kommunikationswirtschaft GmbH
Herausgeber:
Dr. Christian Neugebauer
Redaktion: A-1030 Wien, Barmherzigeng. 17/6/1;
oder per Mail an redaktion@glocalist-review.com

Design: www.arbeitsraum.at

Anzeigenverwaltung:
anzeigenleitung@glocalist-review.com

Abo-Service:
abo@glocalist-review.com
http://www.glocalist-review.com >> Abonnement
Bezugsabmeldung nur zum Ende des vereinbarten Zeitraumes mit sechswöchiger Kündigungsfrist.

Internet:
www.glocalist-review.com

Mail:
office@glocalist-review.com

Bankverbindung: BLZ 20111
Kto: 2836 234 1100

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und LeserInnenbriefe wird keine Haftung und Gewährleistung übernommen. Der Herausgeber und die Redaktion behalten sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge drücken nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion aus und für diese Beiträge und ihren Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die AutorInnen.

Rezepte für Morgen

CHRISTIAN NEUGEBAUER, HERAUSGEBER

Ja, gibt es die und ist das nicht eine - wie man so schön sagt im Wienerischen - eine „goscherte“ Meldung.

Sie ist es ohne Zweifel und kann auch sehr leicht bewiesen werden. Ja, die Rezepte gibt es. Für jedes Teilproblem - Energiefrage, Armut, Klimawandel etc. pp. - liegen sehr tragfähige Rezepte vor, ja bis hin zu 50 Vorschläge zur Rettung der Welt oder 10 zur Verbesserung dieser oder ganze Pläne wie der Global Marshall Plan beispielsweise.

Sie bewegen sich alle auf der Ebene einer - im weiten Sinne - technokratisch orientierten Lösung resp. setzen vorrangig auf den Markt bzw. Verbesserung der bestehenden Marktmechanismen, wie beispielsweise die Tobin-Steuer.

Dennis Meadows hat in seinem jüngsten Vortrag in Wien jedoch richtig bemerkt, dass der wesentlichste Hebel für eine Veränderung die Änderung der kulturellen und psychologischen Pattern liege, oder auf europäisch übersetzt: In der Gesellschaftspolitik.

Und hier sind sehr grundsätzliche Fragen zu stellen wie jene nach Verteilungsgerechtigkeit und dem grundsätzlichen Hinterfragen des materiellen Wachstumsglaubens. National buchstabierte Antworten werden diese Herausforderung nicht meistern können. Man wird sich angesichts drohender Ressourcenknappheit und ökologischer wie sozialer Devastierung wirklich fragen müssen, ob es ein jedes Produkt auf diesem Planeten geben muss, solange die Kosten für diese Produkte in die Biosphäre und Sozialsphäre exportiert werden können. Schnell wird hier jedoch die Keule des Konsumverzichtes geschwungen werden, aber es stellt sich beispielsweise schon die Frage ob die Welt eine privatwirtschaftlich geführte Waffenproduktion braucht.

Die Liste laßt sich sicher verlängern und zielt auf eine wesentliche, sehr alte philosophische Frage: Wohin wollen wir gehen? „More of the same“ wird es nicht sein und die Diskussion über die konkreten Ausformulierungen zu einem Paradigmawechsel ist dringend und überfällig - mit der Klausurtagung der „Konferenz Zivilgesellschaft“ wird ein weiterer versuch gesetzt. ■

Nr. 12
OKTOBER
Nachhaltigkeit

Konferenz der Zivilgesellschaft für engagierte BürgerInnen, Organisationen und Initiativen

Klausurtagung

Organisatorische Identität, Methoden, Inhalte

Samstag & Sonntag, 18. & 19. November 2006

Bundesrealgymnasium 23, Anton Krieger-Gasse 25

Konferenz der Zivilgesellschaft: Einladung Klausurtagung am 18. & 19. November

AkteurInnen formieren sich in der Konferenz der Zivilgesellschaft mit dem Ziel der Vernetzung und der Bildung gesellschaftspolitisch schlagkräftiger und relevanter Allianzen

Ein stetig wachsender Teil der Zivilgesellschaft formiert sich weltweit als aktive gesellschaftspolitische Kraft. Die Initiativgruppe für eine „Konferenz Zivilgesellschaft" in Österreich laden angesichts der nationalen wie globalen Herausforderungen und der Ratlosigkeit in Politik und Wirtschaft gegenüber diesen Herausforderungen zur „Konferenz der Zivilgesellschaft" ein.

„Die österreichische Zivilgesellschaft stellt eine vielfältige Landschaft dar an Organisationen, BürgerInitiativen und Akteuren. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Aber wir möchten darüber hinaus breite zivilgesellschaftliche Allianzen bilden, die sich schlagkräftig, konzertiert und relevant in die gesellschaftspolitischen Geschicke einbringen können.", erklärt Wolfgang Pekny von Greenpeace Zentral- und Osteuropa.

Bislang gab es die verschiedenen eher unter sich bleibende Szenen der Sozialen, der Umweltschützer, der EZA-Engagierten, der Kulturschaffenden, die Menschenrechtler u.v.a. Die Konferenz der Zivilgesellschaft versucht einen gesellschaftspolitischen Raum für breiteren Austausch und Zusammenarbeit zu schaffen.

Als nächsten Schritt in diesem seid über einem Jahr laufenden Prozess - Start war eine erste erfolgreiche Konferenz am 5./6.Mai 2006 mit rund 200 TeilnehmerInnen - lädt die Initiativ-Gruppe der Konferenz der Zivilgesellschaft engagierte Organisationen, Initiativen und BürgerInnen zur

Klausurtagung - Organisatorische Identität, Methoden, Inhalte

Ort: Bundesrealgymnasium 23, Anton Krieger-Gasse 25

Zeit: Samstag & Sonntag, 18. & 19. November 2006

Anmeldung & Infos: www.konferenz-zivilgesellschaft.at

Kontakt: Alexander Trinkl, Organisatorischer Koordination, E-Mail: alexander@agendax.at, Tel.: 0650/9688332

Dokumentation der bisherigen Aktivitäten: Glocalist Medien -> Rubrik Konferenz der Zivilgesellschaft www.glocalist.com

„Die Vision „Eine andere Welt ist möglich!" wird nur über ein breites Netzwerkbündnis möglich sein. Zivilgesellschaftliche Kräfte und NGOs aus allen Bereichen - Umwelt, Soziales, Kunst & Kultur, Entwicklungspolitik, Wisenschaft und weitere mehr - sollen zusammen finden. Ein Blick über die eigenen Tellerränder ist gefragt und gesucht, wie auch neue Sprachebenen zu finden und in Respekt den sehr unterschiedlichen NGO-Kulturen zu begegnen und sich auszutauschen.", schließt Dr. Christian Neugebauer, Herausgeber der Glocalist Medien.

Die Initiativ-Gruppe der Konferenz der Zivilgesellschaft (nach Alphabet)

Fritz Binder-Krieglstein, Eursolar Österreich, Christian Neugebauer, Glocalist Medien, Gaby Pekny, Ökobüro, Wolfgang Pekny, Greenpeace Zentral- und Osteuropa, Herbert Rauch, ESD, Gerhard Schuster, IG-Eurosvision, Alexander Trinkl, Agenda X - Das junge Zukunftsnetzwerk, Peter Weish, Forum Wissenschaft & Umwelt und andere mehr

Programm Klausurtagung:

Moderation - Gaby Pekny und Christian Neugebauer, Protokoll und Doku: Alexander Trinkl

Samstag, 18. November 2006 - Organisatorische Identität

Dieser Tag steht im Zeichen der organisatorischen Identität: EInheit ind er Vielfalt (EVI-Prinzip). Es geht hier um Wege zu einer innovativen „Konstitution" für die Zivilgesellschaft.

9.00 Uhr	Einlass
10.00-10.30 Uhr	**Eröffnung**: Gaby Pekny & Christian Neugebauer Von der Konferenz zur Initiative Zivilgesellschaft Warum wir aufbrachen. Was bisher geschah. Wie wir zusammen arbeiten. Wohin die Reise gehen könnte.
10.30-11.45	**Plenum**: Organisatorische Identität Grundlage ist ein Entwurf (wird am 13.11 ausgesendet und steht auch als Download auf www.glocalist.com Menüpunkt Konferenz Zivilgesellschaft zur Verfügung) zu den „Vereinsstatuten". Gerhard Schuster wird dazu ein erläuterndes Referat halten.
12.00 Uhr-13.00	Mittagessen
13.30-16.00	**Plenum**: Organisatorische Identität
16.00-16.30 Uhr	Pause
16.30 - 18.00	**Plenum**: Organisatorische Identität
18.00-20.00	Abendbuffet

Ziel ist es, dass der Entwurf soweit durchdiskutiert ist, so dass die Initiativgruppe mit einem juristischen Beistand dies als Vereinssstatuten ausformulieren und bei der Behörde einreichen kann. Die Initiativgruppe wird ersuchen, das entsprechende Pouvoir zu erhalten. Die Endversion der Statuten wird vor der Einreichung an alle TeilnehmerInnen zur Durchsicht noch einmal ausgesendet.

Sonntag, 19. November 2006 - Methode & Inhalt

9.00 Uhr	Einlass
10.00-11.45 Uhr	**Workshops Methoden & Inhalt** I. Kommunikation: Steigerung d. demokratischen Diskursfähigkeit, Christian Neugebauer, Glocalist Medien II. Basis Reloaded - Neztwerk-Kampagnen/Basisgruppen Alexander Trinkl, Agenda X III. Offene Workshops (beispielsweise Grundeinkommen, Geld etc. pp.). Dazu bitte bis 10.11 alle Papers resp. Themenvorschläge und Referent/innen nominieren an: office@glocalist-review.com oder alexander@agendax.at. Es werden dann am 13.11. alle papers sowie eine adaptierte Raum/Zeitliste per Mail versendet. Im Bedarfsfall können die beiden Referate Kommunikation und Basisgruppen ausgestezt werden, um für die Offenen Workshops Zeit und Raum zu schaffen.
12.00 -13.00 Uhr	Mittagessen
13.30-15.30 Uhr	**Fortsetzung Workshops**
15.30-16.00 Uhr	Pause
16.00-17.30 Uhr	**Fortsetzung Workshops**
17.03-18.00	**Beschlußfassungen zu folgenden Punkten** 1. Konferenz im Mai 2007 • 2. Eventuelle Erweiterung der Initiativgruppe 3. Pouvoir für Initiativgruppe zu Statutenformulierung auf Grundlage der Ergebnisse der Klausurtagung 4. Allfälliges

Ort & Anreise

Bundesoberstufenrealgymnasium 23

Anton Krieger-Gasse 25, 1230 Wien

Öffentliche Verkehrsverbindungen:

Schnellbahn S1/S2/S3 bis „Liesing" -> 10 min. Fußweg od. 66A bis „Schulzentrum Liesing"

Glocalist MEDIEN

MEDIEN FÜR WIRTSCHAFSTETHIK, NACHHALTIGKEIT UND SOZIALE VERANTWORTUNG

Tustdudenken mutdulesen!

Jeden Monat in ihrer Post
10 Ausgaben jährlich

Jeden Montag in ihrer Mailbox
41 Ausgaben jährlich

Ich will lesen:

KOMPLETT-ABO

Jetzt zum Einführungspreis*
(statt 130,-) **von**

80,- Euro

für 41 Ausgaben GLOCALIST Review und 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

Magazine-ABO

Jetzt zum Preis von

40,- Euro

für 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

ABO-Variante bitte ankreuzen

Vorname/Nachname: . . . . . .

Firma/Organisation: . . . . . .

Straße: . . . . . .

PLZ/OrtL: . . . . . .

E-Mail: . . . . . .

ABOBESTELLUNG per **Mail** an abo@glocalist-review.com oder **Fax**: 01/**597 6855**

Achtung Kleingedrucktes: Das Glocalist Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich um ein weiteres Jahr. Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter office@glocalist-review.com oder per Post an: „Glocalist Medien" Barmherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels). *Einführungspreis gültig bis 31.12.2006. Der Einführungspreis gilt einmalig und ist auf bestehende Abbonnements nicht anrechenbar und gültig für ein Jahresabo.

Organisatorisches Vorwort

Wie in der letzten Einladung zur Klausurkonferenz angekündigt und eingeladen, wurden nun verschiedene Workshops zu Methode & Inhalt angemeldet resp. papers vorgelegt.

Diese werden nun nachstehend publiziert. Alle Workshops werden am 19.11 stattfinden und sind nachstehend gelistet. Bis 18.11 kann man sich zu den verschiedenen angebotenen Workshops anmelden. Es werden dann die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt sowie eine endgültige Zeiteinteilung.

Weiters findet sich das Grundsatzreferat zur Organisatorischen Identität von Gerhard Schuster für den 18.11.

WORKSHOPS zu Methode & Inhalt am 19.11. Endgültige Raum- und Zeiteinteilung der Workshops am 18.11:

Workshop **„Jahrmarkt der Ideen“** (Monika Hubinek)

Workshop **„Plattform Footprint“** (Wolfgang Pekny)

Workshop **„Neuwahlen Frühjahr 2007?“** (Wolfgang Pekny)

Workshop **„Statusbericht Einführung Grundeinkommen“** (Klaus Sambor)

Workshop **„Überlegungen zu den Strategien der Zivilgesellschaft (lang-, mittel- und kurzfirstig)“** (Alfred Strigl/Herbert Rauch)

Workshop **„Lösungswege mit sozialwirtschaftlichem Rahmen und qualitative Maßnahmenbündel zur Bewahrung des Naturhaushalts, des Gemeinwohls und der individuellen Freiheit“** (Harald J. Orthaber)

Workshop **„European Songcycle: Fundraising and Fair World Scout Project“** (Günter Hager-Madun)

Einige papers erreichten uns erst nach Redaktionsschluss bzw. lagen nur in PDF vor. Diese werden als Downloaddokumente auf der Website www.konferenz-zivilgesellschaft.at ehestmöglich zur Verfügung stehen.

Statutenentwurf für die sich bildende »Initiative Zivilgesellschaft«

[vorbereitet von Ines Kanka und Gerhard Schuster]

Zur Vorbereitung der Klausurtagung am 18./19 Nov. 2006

>> *Vorbemerkungen*
>> *Organigramm*
>> *Statutenentwurf*

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sind mit unserem Projekt zum Ausbau der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit in Österreich in der Phase seiner Konstituierung angelangt. Was vor ca. einem Jahr mit ersten Gesprächen begann, ist nun soweit gekommen, sich eine Verfassung (Vereins-Statuten) zu geben.

Von Anfang an war es eines der wichtigsten Grundanliegen, die Kräfte der österreichischen Zivilgesellschaft zu bündeln, um mit ihren wichtigen Inhalten und Aktivitäten in der breiteren Öffentlichkeit mehr Gewicht zu gewinnen.

Im Laufe der gemeinsamen Arbeit wurde deutlich, dass man dieses Ziel umso eher erreichen wird, als das Bemühen dem steten Versuch gilt, eine starke Einheit zu bilden und diese mit der in der Initiative lebendigen Vielfalt zu befruchten:

Der Bildung einer gewissen Geschlossenheit innerhalb der Zivilgesellschaft bedarf es, um politische Anliegen - wie z. B. die Forderung eines Grundeinkommens, die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung oder die Realisierung der Energiewende usw. - hinreichend befördern zu können. Doch dabei darf die je eigene Identität der verschiedenen Initiativen und Organisationen nicht verloren gehen.

Wir haben diese Gedanken in unseren Sitzungen aufgegriffen und besprochen, und es hat sich zur Orientierung der gemeinsamen Arbeit die Idee der »Einheit in der Vielfalt« [EVI-Prinzip] als ein Leitbild etabliert.

Wir haben dieses Leitbild dem vorliegenden Statutenentwurf zugrunde gelegt und versucht, ihm konstitutionell gerecht zu werden.

Kurze Erläuterung des Entwurfs

1. Die »Initiative Zivilgesellschaft« als Assoziation und die beiden Zentralorgane »Konferenz« und »Forum«:

Wir haben in unserem Vorschlag für die nähere Bezeichnung der »Initiative Zivilgesellschaft« den Begriff der Assoziation gewählt [siehe Pt. 1]: die teilnehmenden Initiativen, Organisationen und Gruppen kommen als selbstständige Glieder auf ihrem Boden zusammen, um über ihre Inhalte und Aktivitäten zu beraten und gemeinsames Handeln zu vereinbaren. [siehe Pt. 2]

Der Zivilgesellschaft wird hier die Möglichkeit gegeben, eine gemeinsame Erscheinungsform anzunehmen, ohne ihren pluralistischen Charakter einzubüßen.

Das zentrale Organ der Assoziation ist die zweimal jährlich zusammentretende Konferenz Zivilgesellschaft. [siehe Pt. 2, 5.2 und 5.2.1]

Ihr zugeordnet ist das permanente Forum - als Weiterentwicklung der bisher »Plenum« genannten regelmäßigen Versammlung, wo vor allem jene aktiv waren, die auch in den Arbeitsgruppen (AG Organisation und AG Inhalt) für das Vorwärtskommen des Projekts Verantwortung übernommen haben. [siehe Pt. 2 und 5.3]

Das Forum ist der »Veranstalter« der Konferenz, d. h. ihr Durchführungs- und Leitungsorgan. Es hat die Aufgabe, die Koordinationsarbeit für die Initiativen und Projekte zu leisten, die von den Mitgliedern eingebracht werden. Weiters obliegt dem Forum, insofern es das Gemeinsame betrifft, die Präsentation nach Außen. Dazu gehören die Grundsatzpapiere, Erklärungen, Folder usw. Auch das Aquirieren von finanziellen Mitteln, sowie die Kommunikation sind innerhalb

des permanenten Forums angesiedelt.

Zur Durchführung der konkreten Arbeit bestehen innerhalb des Forums spezifische Arbeitsgruppen. [ebenfalls Pt. 5.3]

2. Die Mitgliedschaft [siehe Pt. 2]:

Gemäß dem Assoziationsgedanken ist für die Mitgliedschaft die zivilgesellschaftliche Aktivität das entscheidende Kriterium. Mitglieder sind also Organisationen [NGOs], Projekte und Gruppen (auch die Basisgruppen der Initiative Zivilgesellschaft zählen hier dazu).

Wenn eine Aktivität nicht selbständig konstituiert ist, entweder weil sie ein Projekt innerhalb einer NGO ist oder weil sie durch Privatpersonen vertreten ist, sind Einzelpersonen Mitglied.

Alle anderen Einzelpersonen können als außerordentliche Mitglieder die Initiative Zivilgesellschaft fördern.

3. Generalversammlung [siehe Pt. 5.1], Vorstand [siehe Pt. 5.4] und erweiterter Vorstandskreis [siehe Pt. 5.5]:

Da für die Initiative Zivilgesellschaft die Konferenz die entscheidende souveräne Instanz ist, werden in der Generalversammlung keine Entscheidungen über gemeinsame Inhalte und Aktivitäten getroffen.

Bei der Generalversammlung werden also vor allem die vereinsrechtlich erforderlichen Dinge, wie z. B. die Wahl des Vorstandes, seine Entlastung, die Bestellung der Rechnungsprüfer usw. erledigt.

Die Generalversammlung ist auch der Ort, Statutenänderungen vorzunehmen. Damit einer konstitutionellen Weiterentwicklung nichts im Wege steht, können außerordentliche Generalversammlungen einberufen werden. [siehe Pt. 4.3]

Auch für das Organ des Vorstandes gilt, dass seine Ausgestaltung vor allem dem Vereinsrecht Genüge tun muss.

Da im Allgemeinen der Vorstand eines Vereins in der öffentlichen Wahrnehmung und in der Kommunikation nach Außen eine Rolle spielt, sieht unser Statuten-Entwurf im Sinne der dezentralen Struktur der Initiative Zivilgesellschaft für diesen Bereich einen erweiterten Vorstandskreis vor, der sich aus Vorstand und den Leiter/innen der Arbeitsgruppen zusammensetzt.

4. Nachbemerkung

Alle Elemente, die unserer Ansicht nach bloß dem Vereinsrecht Genüge tun müssen und keiner besonderen, vom Gewöhnlichen abweichenden Gestaltung bedürfen, haben wir in unserem Entwurf nicht ausformuliert.

Wien, den 9. November 2006

»Initiative Zivilgesellschaft – Assoziation zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, Gruppen und Organisationen«

Statuten-Entwurf

1. Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

Der Verein führt den Namen »Initiative Zivilgesellschaft - Assoziation zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, Gruppen und Organisationen« [kurz: Initiative Zivilgesellschaft].

Er hat seinen Sitz in Österreich und erstreckt seine Tätigkeit auf lokale bis globale Angelegenheiten.

2. Zweck und Grundstruktur des Verein

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, besteht zur Pflege zivilgesellschaftlicher Arbeit. Er will dafür einen offenen Raum der Information und Koordination für die Arbeit der als Mitglieder mitwirkenden Organisationen, Initiativen, und Gruppen bieten, um für bestimmte gesellschaftliche Aufgaben und politische Ziele gemeinsames Handeln zu vereinbaren bzw. zu stärken.

Dazu sind zwei zentrale Arbeitsorgane eingerichtet:

o die regelmäßig zusammentretende »Konferenz Zivilgesellschaft« [kurz: Konferenz],

o sowie das dieser Konferenz dienende »permanente Forum« [kurz: Forum].

[siehe dazu unten: Organe]

3. Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

Der Vereinszweck soll durch ideelle und materielle Mittel erreicht werden:

Als ideelle Mittel dienen die in den angeführten Organen [Konferenz und Forum] entfalteten Aktivitäten:

o Die in der Konferenz vereinbarten gemeinsamen Aktivitäten - sofern sie nicht in der Initiative und Verantwortung der Mitgliederorganisationen oder -gruppen selbst verbleiben - können u.a. in: Kampagnen, Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen, Versammlungen oder anderen Zusammenkünften, in der Herausgabe von Publikationen usw. bestehen.

o Aus dem Forum heraus bilden sich Arbeitsgruppen [kurz: AGs - siehe dazu unten: Organe] zur Erfüllung der für die Konferenz zu leistenden Aufgaben im Hinblick auf ihre Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung, sowie auf die aus ihren Beschlüssen sich ergebenden Belange.

Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:

Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge, Erträge aus Veranstaltungen oder aus vereinseigenen Unternehmungen, Spenden, Sammlungen, Vermächtnissen und sonstigen Zuwendungen.

4. Mitgliedschaft

4.1 Arten der Mitgliedschaft

Die Mitglieder des Vereins sind ordentliche [stimmberechtigte] Mitglieder und außerordentliche Fördermitglieder.

o Ordentliche Mitglieder sind jeweils durch eine/n Delegierte/n vertretene Organisationen [NGOs] oder Einzelpersonen, insofern sie ein nicht institutionell selbständig konstituiertes Projekt oder eine Initiative oder Gruppe repräsentieren.

o Außerordentliche Mitglieder sind Einzelpersonen, welche die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines Mitgliedsbeitrags fördern und ein generelles Interesse an der Arbeit der Assoziation haben.

4.2 Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglieder des Vereins können juristische sowie physischen Personen sein, die, wie oben beschrieben, eine zivilgesellschaftliche Aktivität vertreten.

Voraussetzung ist das Interesse an vernetzter Zusammenarbeit und an der Assoziation der Projekte und Initiativen.

Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen

Mitgliedern entscheidet der Vorstand zusammen mit den Arbeitsgruppenleitern. [= erweiterter Vorstandskreis, siehe dazu unten: Organe]

Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden.

4.3 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.

Die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen, das Stimm- und Antragsrecht in der Generalversammlung [siehe 5.1] und in der Konferenz [siehe 5.2], sowie das aktive und passive Wahlrecht ist den ordentlichen Mitgliedern vorbehalten.

Mindestens ein Zehntel der ordentlichen Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zum Zweck der Beantragung einer konstitutionellen Weiterentwicklung der Statuten verlangen.

Ordentliche Mitglieder haben das Recht, sich mit ihren Inhalten, Initiativen und Projekten an der Konferenz zu beteiligen, um diese der Öffentlichkeit vorzustellen, sich mit den Konferenzteilnehmern darüber zu beraten oder gemeinsames Handeln zu vereinbaren, sowie - wenn gewünscht - einen Beschluss über eine Unterstützung des Anliegens durch die Konferenz (mit oder ohne finanzielle Konsequenzen) zu erwirken.

[Vereinsrechtlich Erforderliches zur »Mitgliedschaft«, sowie zur »Beendigung der Mitgliedschaft« ist noch weiter auszugestalten.]

5. Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die »Generalversammlung«, die »Konferenz Zivilgesellschaft«, das »permanente Forum« und die ihm zugeordneten »Arbeitsgruppen«, sowie der »Vorstand« und der »erweiterte Vorstandkreis«. Weiters die »Rechnungsprüfer« und das »Schiedsgericht«.

5.1 Generalversammlung

Die Generalversammlung ist die »Mitgliederversammlung« im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet alle vier Jahre statt.

Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf Beschluss eines Zehntels der Mitglieder oder .... oder .... binnen .... Wochen statt.

Gültige Beschlüsse - ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung - können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

[Vereinsrechtlich Erforderliches, auch der Punkt: »Aufgaben der Generalversammlung« (Entlastung, Wahlen, Festlegung der Mitgliedsbeiträge usw.) ist noch weiter auszugestalten.]

5.2 Konferenz Zivilgesellschaft

Es wird angestrebt, dass die Konferenz Zivilgesellschaft zwei mal jährlich, aber mindestens einmal im Jahr stattfindet.

Durch außerordentlich einberufene Konferenzen kann ad hoc auf aktuelle Erfordernisse reagiert werden.

Die Konferenz ist für die Assoziation der Mitglieder das Zentralorgan und souveräne Instanz für alle Fragen der gemeinsamen inhaltlichen Ausrichtung und Aktivität.

Der operative Veranstalter der Konferenz ist das ihr dienende Organ des permanenten Forums.

Die Konferenz bietet, abhängig von den durch die Mitglieder eingebrachten Beiträgen, den Raum für Gespräch, Beratung und Beschlussfassung.

Die Gestaltung der eingebrachten Initiativen im Hinblick auf die Durchführung der Konferenz (z.B. als Workshop, als Referat im Plenum, ...) geschieht durch den jeweiligen Initiativträger in Absprache mit der AG Organisation [s.u.]

Die Konferenz wird als öffentliche Veranstaltung angekündigt. Eine allgemeine Teilnahme ohne Initiativ- und Stimmrecht ist für alle möglich.

5.2.1 Aufgaben der Konferenz Zivilgesellschaft

- o Beförderung der gegenseitigen Wahrnehmung der inhaltlichen Positionen und Projekte der Mitglieder, sowie zur Beratung und Beschlussfassung gemeinsamer Grundsätze und Initiativen. Ein durch ein Mitglied eingebrachtes Projekt, das durch Beschluss als solches der Initiative Zivilgesellschaft betrachtet wird, behält seine Autonomie; die Verantwortung und Trägerschaft verbleibt

beim Mitglied.

o Darstellung der in der Initiative Zivilgesellschaft lebenden Inhalte und Aktivitäten für eine breite Öffentlichkeit und gegenüber den Medien, sowie den wirtschaftlichen und politischen Organen.

5.3 Permanentes Forum und Arbeitsgruppen

Das permanente Forum tritt mindestens zwei mal zwischen den Konferenzen zusammen, um die nötigen Aufgaben in Konsequenz des bei den Konferenzen Vereinbarten zu erfüllen und die kommende Konferenz vorzubereiten.

Jedes Mitglied, das sich in diesem Kreis aktiv beteiligen will, kann (auch mit mehreren Teilnehmer/innen) mitarbeiten.

Innerhalb des Forums bestehen Arbeitsgruppen [kurz: AGs] zur Erfüllung der verschiedenen Aufgaben. Die AGs werden von einer/einem vom Forum legitimierten Leiter/in geführt.

Die ständig bestehenden AGs sind:

AG Finanz [Aquirieren von Geldern]

AG Kommunikation [Bulletin, Internetseite, Rundmails...]

AG Organisation [Vorbereitung der Konferenz in Abstimmung mit den für die Konferenz eingebrachten Initiativen]

AG Inhalt [Grundsatzpapiere der Initiative Zivilgesellschaft, Abschlusserklärungen der Konferenzen, Presseaussendungen, Texte in inhaltlicher Hinsicht für Folder, Einladungen usw. ... nach Maßgabe des bei den Konferenzen Beschlossenen und nach Zustimmung in einer Sitzung des Forums]

Die Arbeitsgruppen sowie das Forum geben sich ihre Geschäftsordnung selbst.

Bei Bedarf können weitere AGs eingerichtet werden.

Die Finanzierung der Arbeit erfolgt nach Maßgabe des Möglichen durch Vereinbarung innerhalb des Forums.

5.4 Vorstand

Der Vorstand besteht aus ... Mitgliedern und zwar aus [... verschiedene Funktionen ...]

Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Er hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist.

Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt vier Jahre; Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

[Alles Weiter (Vorsitzführung, Beschlussfähigkeit usw. usf.) ist im Sinne des vereinsrechtlich Notwendigen auszugestalten.]

5.4.1 Aufgaben des Vorstands

Der Vorstand ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:
Rechnungswesen, Buchführung, Rechnungsabschluss, Rechenschaftsbericht, Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung usw. [Dieses, sowie die besonderen Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder, ist im Sinne des vereinsrechtlich Notwendigen auszugestalten]

5.5 Erweiterter Vorstandskreis und seine Aufgaben

Der erweiterte Vorstandskreis setzt sich zusammen aus dem Vorstand und den Leitern der AGs.

Seine Aufgaben sind:

o Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern, sowie die Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

o die ideelle Vertretung des Vereins in der Öffentlichkeit; wobei er hier vor allem als Vermittlung zwischen den verschiedenen Initiativen, Organisationen und Gruppen, die mit ihren Inhalten und Projekten bei der Konferenz vertreten waren und der interessierten Öffentlichkeit, sowie gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Organen fungiert. Dazu gehört auch eine in diesem Sinne gestaltete Pressearbeit.

[Die Punkte Schiedsgericht, Rechnungsprüfer und Freiwillige Auflösung des Vereins sind im Sinne des Vereinsrechtes auszugestalten.] ■

Jahrmarkt der Ideen

Typ: Vernetzungs-Workshop

Dauer: ca. 2 h je, nach TeilnehmerInnen-Zahl

Idee: Initiativgruppe Zivilgesellschaft

Moderation: Monika Hubik

Hier soll die Möglichkeit geboten werden, dem Gegenüber in möglichst kurzer Form Information über und Lust zum Mitmachen an geplanten oder erträumten Aktivitäten zu bieten, alle Arten von Aktivitäten, denen Gemeinsam ist, die Anliegen der Konferenz Zivilgesellschaft einer Realisierung näher zu bringen.

Die Methode ist an das „speed dating" angelehnt. Jede/r hat maximal 5 Minuten, um dem Saal eine spannende Idee vorzustellen und um Verbündete/Partner zu suchen. (Ähnlich einem Trailer)Maximal eine Rückfrage, dann ist der/die nächste dran. Alles Detaillierte muss bilateral verhandelt werden.

Nicht gefragt in diesem Workshop sind theoretische Konzepte.

Es geht um Aktionen, Veranstaltungen, Konferenzen und Kampagnen, zu deren Umsetzung Interessierte beitragen und bei deren Ausführung Interessierte mithelfen können.

Interessierte können sowohl Personen, als auch Organisationen, Dachverbände oder Firmen sein.

Unter Kampagnen verstehen wir machbare, nach strategischen und taktischen Überlegungen geplante, in zeitlichem und inhaltlichem Umfang begrenzte Unterfangen zum Erreichen von vorher vereinbarten Zielen.

Ziel ist, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Ideen zu erfahren und zu wissen, mit wem man weiter reden soll/kann/will.

Hierher gehören Geplantes, aber auch Dinge, die nicht 100% sicher stattfinden, sondern eben erst gerade Partner brauchen, um umgesetzt zu werden.

Dazu zählen Informationen zu (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

„Weltkonferenz Alternative Medien", der Push der GMPI zur EU-Präsidentschaft Deutschlands, das Agenda-X Energie Projekt, die Pläne der 3-Stufigen Volkgesetzgebung, die Pläne der ESD, des ÖIN, die geplante Zukunfts-Schul-Tour der Plattform Footprint, das Öko-Büro Jahresprojekt 07, der Klimabündnis Schwerpunkt 07, die Schwerpunkte der EZA- Organisationen, der Armutskonferenz, die Pläne von NESOVE rund um CSR, die Aktivitäten rund um die EU-Verfassung, die Kampagnen von Eurosolar, soweit wie möglich die Schwerpunkte der großen Organisationen wie Greenpeace, WWF, Caritas, ATTAC etc... die Schwerpunkte „halboffizieller" Unterfangen (etwa was soll rund um die BINE/Bildungsoffensive passieren, ...) bis hin zu kleinen, aber feinen Aktivitäten wie das Nachhaltigkeits-Theater von Heini Brossmann .... und vieles mehr.

Beim ersten Versuch kann sicher kein vollständiges Bild erwartet werden, aber schon ein Panoptikum der Optionen wird interessant sein.

Vorraussetzung ist, dass alle an langfristigen Synergien Interessierten tatsächlich erscheinen und ihre Inputs geben. Denn es gibt praktisch nichts zivilgesellschaftlich Sinnvolles, das nicht noch besser würde, wenn sich mehr daran beteiligen. ....

Die Zivilgesellschaft sind wir, und unser „Programm" ist, was wir tun!

Als Nebenprodukt könnte aus dieser Methode, wenn sie funktioniert, so etwas wie ein Event-Kalender für 2007 skizziert werden. Damit terminliche Überlappungen, wie heuer oft passiert (z.B. Tag der Sonne und Konferenz Zivilgesellschaft) möglichst im Vorfeld vermieden werden können.

Nach dem Workshop ist genug Zeit vorgesehen, damit sich die bi- und multilaterale Gruppen formen können, und detaillierte Nachfragen möglich sind, und v.a. weitere Termine vereinbart werden können, um Nägel mit Köpfen zu machen.

Bitte Beiträge unbedingt bis Samstag, 18. 11. ankündigen. Nicht Inhalt, nur Name/Organisation und Anzahl, damit der Zeitbedarf realistisch kalkuliert werden kann.

Plattform Footprint (ca. 50 Minuten)

Typ: Vorstellung einer Initiative

Dauer: 50 Minuten

Leitung: Wolfgang Pekny

Die Plattform Footprint ist eine Allianz von Umwelt- und Sozialorganisationen, die den ökologischen Fußabdruck als wesentliche Maßzahl für Zukunftsfähigkeit verankern will. Footprint soll Handlungsrelevant für Wirtschaft und Politik werden und soll die Rahmenbedingungen für zukunftsfähige, global gerechte Lebensstile definieren helfen.

Die Plattform wird das globale ökologische Defizit bewusst machen und die sozial wie ökologisch extrem nachteiligen Folgen von „Overshoot" aufzeigen. In der Folge werden Maßnahmen zum Reduzieren des ökologischen Fußabdruckes in den OECD Ländern gefordert und gefördert.

Die Plattform Footprint wird unterstützt von Greenpeace, WWF, Global 2000, SERI (Sustainable Europe Research Institute), und hoffentlich bald vielen weiteren Organisation.

Zweck:

o Sehr enge Kooperation bei der Vermittlung des ökologischen Fußabdruckes und der Konsequenzen daraus

o Zusammenarbeit beim Begehen neuer Wege die aus dem sozial wie ökologisch unhaltbaren Zustand unserer Gesellschaften führen.

o Entwickeln von Visionen/Forderungen für Wirtschaft, Politik und Lifestyle.

o Aufgreifen global-sozialer Anliegen und Brückenschlagen zwischen Öko-Organisationen und den Organisationen mit sozialen/EZA-Anliegen.

o Abgestimmtes Vorgehen beim Produzieren von didaktischen und kommunikativen Materialien zum Thema.

o Gemeinsame Bildungs-Initiativen im schulischen und außerschulischem Bereich

o Gemeinsames Vorgehen beim Lobbying für die EU-weite Etablierung des ÖF als Indikator für Nachhaltigkeit.

o Fördern von organisationsübergreifenden Kampagnen

o Förderung von Netzwerkbildung und Brückenschlag zur Konferenz Zivilgesellschaft

o Planen und Durchführen von Kampagnen zum Einleiten von Maßnahmen zur Reduktion des Footprints

Fernziel wäre das Schaffen von Vorraussetzungen, innerhalb derer die Zivilgesellschaft anschlussfähige Kampagnen konzertiert führen kann, um den gemeinsamen - und nur gemeinsam erreichbaren - gesellschaftspolitischen Veränderungen Richtung Zukunftsfähigkeit Nachdruck verschaffen wird können.

Mit solchen Kampagne würde u.a.

>> eine breite Öffentlichkeit das Bewusstsein globaler Verantwortung haben
>> eine kritische Masse ihr Verhalten in relevanten Lebensbereichen ändern
>> eine qualifizierte Öffentlichkeit aktiv am Ziel mitarbeiten ein Wertewandel in der Politik einsetzen
>> der Stellenwert von NGOs und Zivilgesellschaft gestiegen sein
>> ein Modell zur nationalen und internationalen Nachahmung erprobt sein!

Mehr zur Form, den Tools und Plänen der Plattform beim Workshop.

Neuwahlen Frühjahr 2007?

Chancen der Zivilgesellschaft auf positive Einflussnahme durch Einbringen zukunftsrelevanter Themen

Idee: Wolfgang Pekny

Typ: interner Workshop

Dauer: ca. 2 h

Leitung: Wolfgang Pekny

Die im Sommer 2006 vorgebrachten Argumente gegen direkte politische Aktionen (Achtung! Nicht Partei-politisch, sondern Agenda-Setting) gelten zwar noch immer: „Zeit ist zu kurz", „die Mittel, unseren guten Argumenten Gehör zu verschaffen, sind noch zu gering", und „unsere eigenen Visionen sind noch nicht gut genug verstanden, um anschlussfähig zu sein"...

ABER: die momentane politische Großwetterlage bietet doch einen großen Unterschied zum Herbst: Die etablierte Politik zeigt gerade meisterhaft, was sie nicht kann.

Aller Orten wird deutlich, wie inkompatible - und wirkungslos - die Mainstream-Konzepte rund um „Wachstum und schaffe schaffe Häusle baue" sind - und bei einigen dämmert es, das sie es für immer sein werden.

Es wird deutlich, dass Rezepte von gestern nicht die Antwort auf die Herausforderungen von Morgen sein werden. Ohne grundsätzliches Umdenken in der Art und Weise, wie wir uns gesellschaftlich organisieren, welche Lebensweisen wir anstreben und vor allem , wie wir wirtschaften, in einer Welt die zunehmend ungleicher wird, auf einem Planeten, dessen physische Grenzen erreicht sind, .. ohne diese grundsätzliche Umdenken wird es keine menschenfreundliche Zukunft geben.

Schon steigt das Interesse - zumindest in der Intelligentia und den gehobenen Medien- an möglichen alternativen Entwürfen. Noch sind die Zukunftsskizzen aus der Zivilgesellschaft noch keine kohärente Entwürfe für zukunftsfähige Politik im Ganzen. Vermutlich bleibt Utopia für immer unerreichbar. Und doch sind langfristige Visionen, aber auch konkrete Vorschläge aus der Zivilgesellschaft weit genug gediehen, um sich jederzeit mit den „Kurzzeit-Perspektiven" der etablierten Parteien messen zu können.

Ob eine solche theoretische Überlegenheit zukunftsfähiger Konzepte reicht, in einem öffentlichen Diskurs, der sich nur um kurzfristige politische und ökonomische Vorteile dreht, auch gehört zu werden, ist noch fraglich. Vor allem in Anbetracht der keineswegs neutralen Rolle der gar nicht mehr unabhängigen, dominanten Medien.

Und doch besteht Grund für Zuversicht. Ein wirtschaftspolitisches System, in dem die Umverteilung volkswirtschaftlich erwirtschafteter Werte nur mehr wohlhabenden Minderheiten zu Gute kommt, (national wie global) kann - solange demokratische Grundsätze gewahrt bleiben - nicht lange von Bestand sein.

Aber noch gelingt es den privilegierten Minderheiten, die als Einzige an der Fortschreibung des Status Quo Interesse haben können, die Angst der Unterprivilegierten und wenig Informierten, auszunutzen. Ihnen droht man unverhohlen, auch das Wenige zu verlieren., das sie haben. So entstehen unheilige Allianzen gegen eine Veränderung, die -richtig eingeleitet -fast allen, auch den heute gutgestellten, langfristig zum Vorteil gereichen würden.

Es gilt diese absurde Allianz gegen Veränderung, die sowohl auf mangelndem Verständnis der Zusammenhänge als auch auf gezielter Fehlinformation beruhen, aufzubrechen.

Wenn wir uns dazu im Stande fühlen, ist die Zeit reif, politischer zu werden.

Ob wir uns dazu imstande fühlen, werden wir in diesem Workshop ausloten.

Statusbericht zum Thema „Einführung eines Grundeinkommen"

Klaus Sambor

Was ist seit der ersten „Konferenz Zivilgesellschaft", bei der dieses Thema unter den am Ende der Konferenz vorgeschlagenen Maßnahmen aufscheint geschehen? Bei der Konferenz war von unterschiedlichen Arten eines Grundeinkommens die Rede. Danach konzentrierten sich aber alle Aktivitäten auf ein „Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)". Dabei standen die Aspekte „Verbreitung der Idee" und „Vertiefung bezüglich Details" im Vordergrund.

a) Verbreitung

o Bündelung aller Initiativen zum BGE in der Form „Runder Tisch - Grundeinkommen" (www.grundeinkommen.at, newsletter, Runder Tisch)

o Offener Brief zum Thema BGE an die Parteivorsitzenden aller Parteien vor der Nationalratswahl und deren Reaktion (kann man nachlesen unter www.grundeinkommen.at unter Nationalratswahl)

o Internationalisierung durch eine Konferenz im Okt. 2007 in Basel (A, CH, D)

b) Vertiefung

o z.B.: „Finanzierbarkeit" (Vergleich von Modellen, Ausarbeitung eines Modells mit 2 Szenarien)

o Überprüfung der 2 Szenarien mittels einer Simulation unter Randbedingungen in Österreich

o Vorstellung des Simulationsergebnisses beim 2. Treffen „Runder Tisch - Grundeinkommen" am 24. Nov. 2006.

Bevor ich weiter detaillierter berichte, möchte ich klarstellen, dass sich alle Aktivitäten als Richtungsforderung für Sofortmaßnahmen im derzeitigen kapitalistischen System verstehen. Selbstverständlich soll gleichzeitig versucht werden, einen Systemumbau konzeptionell und so weit als möglich real voranzutreiben, bei dem den ökologischen Problemen unserer Erde höchste Priorität gegeben werden soll. Hierbei sind sozial / ökologische Lösungsansätze „aus einem Guss" in Diskussion, nach deren Verwirklichung die nun hier beschriebenen Ansätze teilweise zurückgenommen werden könnten.

1. Bündelung aller Initiativen zum BGE

Am 8. September kam es über Initiative des „Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt" zu einem ersten Treffen „Runder Tisch - Grundeinkommen". Das Ziel dieses Treffens war es, bestehende Initiativen und Einzelpersonen, die für das BGE eintreten, zu vernetzen („gesamtösterreichische Bewegung") und gemeinsam über mögliche Aktivitäten zu diskutieren. Gut 40 Personen waren der Einladung gefolgt (Inzwischen gibt es ständig Interessenten, die hier mitmachen wollen und die sich bei grundeinkommen@ksoe.at anmelden können).

Bei dem Treffen gelang es u.a., über die Kriterien des Grundeinkommens Einvernehmen zu erzielen, die in einem „Positionspapier Grundeinkommen 2006" des Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt" enthalten sind und hier zitiert werden:

Bedingungslos soll die von uns geforderte Grundsicherung deshalb sein, weil wir in einem Grundeinkommen ein BürgerInnenrecht sehen, das nicht von Bedingungen (Arbeitszwang, Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit, geschlechter-rollenkonformes Verhalten) abhängig gemacht werden kann.

Universell soll das Grundeinkommen sein, weil es nicht diskriminierend sein soll. Es soll also jeder und jedem zugute kommen, der/die auf Dauer in einem bestimmten Land lebt. In der Festsetzung der Höhe des Grundeinkommens unterscheiden wir zwischen Kindern/Jugendlichen und Erwachsenen.

Personenbezogen. Als BürgerInnenrecht steht das Grundeinkommen jeder Person zu und darf nicht abhängig gemacht werden von der Einkommens- oder Vermögenssituation eines Familienmitgliedes oder einer MitbewohnerIn.

Existenzsichernd. Grundeinkommen soll eine echte Teilhabe (materiell, sozial, kulturell) am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Daher muss es auch in existenzsichernder Höhe ausgezahlt werden.

Einige Personen werden im Herbst in einer Arbeitsgruppe am Thema „Aktionen“ weiterarbeiten. Eine weitere Entscheidung für eine dringende Aktion wurde getroffen, über die im nächsten Punkt berichtet wird.

2. Offener Brief zum Thema BGE

In einer ad hoc Besprechung wurde von einigen Initiativen ein „offener Brief“ erarbeitet, der noch vor der Nationalratswahl im Okt. 2006 an die Parteivorsitzenden aller Parteien gesendet wurde und von allen (außer BZÖ und Hans Peter Martin) beantwortet wurde. Wie einleitend erwähnt, kann man die Reaktionen im Detail unter www.grundeinkommen.at nachlesen. Hier habe ich nur den „Offenen Brief“ aus dieser Quelle kopiert:

Presseaussendung

Nationalratswahlen

OFFENER Brief an alle bundesweit wahlwerbenden Gruppen

Verteiler:

o ÖVP Wolfgang Schüssel, Walter Tancsits
Antwort: "Sozialnetz ist ausgewogen und gesichert, Grundeinkommen ist leistungsfeindlich"
o SPÖ Alfred Gusenbauer, Heidrun Silhavy
Antwort: "Modernisierung der Armutsbekämpfung durch bedarfsorientierte Grundsicherung notwendig und möglich"
Ergänzung: Brief von Gabriele Schaunig-Kandut
o FPÖ Hans Christian Strache, Norbert Hofer
Antwort: "Kein Grundsicherungsmodell, weil missbrauchsanfällig" >
o Grüne Alexander van der Bellen, Karl Öllinger
Antwort: "für bedarfsorientierte Grundsicherung" >
o BZÖ Peter Westenthaler, Max Walch
o Weisse Hans Peter Martin
o KPÖ Melina Klaus, Mirko Messner
Antwort: "für bedingungsloses Grundeinkommen in existenzsichernder Höhe" >

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte ... in Österreich wächst die ARMUT trotz steigenden gesellschaftlichen Wohlstands - gemessen am BIP. Gleichzeitig konzentriert sich der Reichtum in den Händen weniger. Erwerbsarbeit bzw. die derzeitigen Sozialleistungen sind kein Garant für ein menschenwürdiges Leben. Trotz der gestiegenen Zahl der Arbeitsverhältnisse sind Existenzsicherung, sinnerfüllte Arbeit und ein gutes Leben nicht für alle erreicht. Mit den herkömmlichen politischen Instrumenten allein - wie Schulungen, Wirtschaftswachstum etc. - sehen wir dieses Ziel auch nicht als erfüllbar an. Um aber allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, fordern wir die Einführung eines

GRUNDEINKOMMENS das BEDINGUNGSLOS, UNIVERSELL, PERSONENBEZOGEN und EXISTENZSICHERND zur Auszahlung gelangen soll. Der ZUGANG ZU ÖFFENTLICHEN DIENSTLEISTUNGEN ist zu erleichtern und auszubauen.

Ein Grundeinkommen ist - wie auch Studien in europäischen Ländern zeigen - finanzierbar, transparent und einfach in der Anwendung. Das Grundeinkommen ermöglicht es den Menschen, die notwendigen gesellschaftlichen Arbeiten mit Freude, Kreativität und Engagement zu verrichten. Weltweit - nicht nur in Österreich und Europa - gibt es zahlreiche Persönlichkeiten und Gruppierungen des öffentlichen Lebens (Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, NGOs etc.), die für ein garantiertes Grundeinkommen als soziale Innovation eintreten. Angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen interessiert daher eine wachsende Zahl von Personen und Medien, wie Ihre Partei zur Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens heute steht. Haben Sie für die nächste Legislaturperiode Maßnahmen vorgesehen, die das System sozialer Sicherung in Richtung der Kriterien bedingungslos, universell, personenbezogen und existenzsichernd entwickeln? Wie werden Sie die internationalen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Debatten zu Grundeinkommen in Ihre Politik bzw. in Ihre programmatische Gestaltung einfließen lassen? Sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen in Ihrer Partei derzeit noch keine politische Forderung darstellen, wird das bedingungslose Grundeinkommen zumindest als Richtungs-forderung anerkannt? Ihre Antwort an grundeinkommen@ksoe.at werden wir - auch zur Information anderer Gruppen im laufenden Wahlkampf - gerne veröffentlichen.

Wien, am 14.9.2006 gezeichnet

o Alf - Arbeitslosenfonds d. Erzdiözese Salzburg
Inhaltsgruppe Grundeinkommen (bei attac) - vertritt ein bedingungsloses Grundeinkommen, ohne dass attac Österreich dieses als Forderung aufstellt Initiative "Jetzt! Bedingungsloses Grundeinkommen für alle“
Initiativgruppe Arbeitslosigkeit Kreativfabrik Verein für Kunst, Kultur, Soziales, regionale Wirtschaft und innovative Politik ksoe - Kath. Sozialakademie Österreichs
Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - Austrian Member of Basic Income Earth Network
SHG_fMisl (Selbsthilfegruppe für Menschen in schwierigen Lebenssituationen) SOL - Menschen für Solidarität,

Ökologie und Lebensstil

o Treffpunkt Mensch und Arbeit / BetriebsseelsorgeZentrum Braunau-Ranshofen

In einer nach dieser Aussendung stattgefundenen TV Sendung „Offen gesagt“ hat Mag. Margit Appel das „Bedingungslose Grundeinkommen“ direkt angesprochen und seither bietet dieses Thema bereits in breiteren Bevölkerungskreisen Diskussionsstoff.

3. Internationalisierung der Diskussion zum BGE

Die Verbreitung der Idee eines BGE wird u.a. in der geplanten deutschsprachigen Konferenz in Basel (A, CH, D) vom 5. - 7. Okt. 2007 unter dem Titel

„Bedingungslos und existenzsichernd: Das Grundeinkommen als Menschenrecht!“

weiter vorangetrieben. Aus dem vorläufigen Konferenz-Konzept zitiere ich wie folgt:

„Wir wollen:

o Eine Länder übergreifende öffentlichkeitswirksame

o wissenschaftlich fundierte Debatte über Fragen eines Grundeinkommens

o Vernetzung von Akteuren für das Grundeinkommen

Unter einem Grundeinkommen verstehen wir, dass es:

o existenzsichernd ist, im Sinne der Sicherung einer gesellschaftlichen Teilhabe,

o einen individuellen Rechtsanspruch darstellt,

o bedingungslos (z.B. ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitsnachweis und ohne Arbeitsverpflichtung ist)

o und an alle Menschen in einer Gesellschaft ausbezahlt wird.

Das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen ersetzt nicht den Sozialstaat.

Themenschwerpunkte für den Kongress sind:

1. Das Grundeinkommen als Menschenrecht.

2. Debatte um den Arbeitsbegriff und das Menschenbild in Bezug auf das Grundeinkommen

3. Soziale Sicherungssysteme der Vergesellschaftung - Schatten- und Sonnenseiten -, via Erwerbsarbeit als Zentrum.

- Zukunft eines Gemeinwesens, in dem die Erwerbsarbeit nicht mehr im Zentrum steht.

- Wie könnte die Form der Vergesellschaftung ohne Erwerbsarbeitzentrierung gedacht werden?

4. Ebene der europäischen sozialen Sicherungssystemen und Wohlfahrtsregimes.

- Wie können sie in Richtung Grundeinkommen entwickelt werden?

- Kann ein Grundeinkommen entwickelt werden, das über den verschiedenen Wohlfahrtsregimes steht?

5. Entwicklung im Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik - Kritik dieser Entwicklung

- Workfare

- Prekäre Arbeit / Armutsarbeit (Working poor)

- Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse

Was ist aus dieser Entwicklung ableitbar für ein Grundeinkommen?

6. Finanzierungsmodelle von Grundeinkommen

(- Die gesonderte Situation der Frauen, soll als Gender bei allen Workshops und Diskussionen aufgenommen bzw. mitgeführt werden.)“

Die Eröffnung des Kongresses wird durch Prof. Dr. Ueli Mäder eingeleitet und durch 2 Podiumsdiskussionen zu folgenden Themen fortgesetzt:

o Statements zur sozialen Situation und zu den Grundeinkommen-Debatten (A,CH,D)

o Das BGE realistischer Vorschlag oder Utopie?

Am nächsten Tag finden 5 parallel geplante Workshops mit entsprechenden Themenstellungen statt und am Abend wird über politische Perspektiven und die Diskussion in Parteien, Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen gesprochen werden. Am letzten Tag werden die Ergebnisse in Podiumsdiskussionen zusammengefasst („Das BGE - Ein Menschenrecht", „Initiativen aus den Ländern: Politische Umsetzung des BGE").

Zum Abschluss wird auf zwei Kongresse hingewiesen werden:

o Weltweiter GE-Kongress im Jahr 2008, in D zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Hinweis auf die weltweite voraussetzungslose Gewährung sozialer Sicherheit, auf ein Grundeinkommen.

o Ausblick auf den Grundeinkommen-Kongress 2009 in Deutschland

Von Österreich sind derzeit bereits mehr als ein Dutzend Personen für die Teilnahme in Podien, als Workshop-ReferentInnen und als ModeratorInnen in der aktiven Vorbereitung beteiligt.

4. Finanzierbarkeit des BGE

In den letzten Monaten wurden unterschiedlichste Methoden der Finanzierung des BGE untersucht und anschließend von der Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen zwei Szenarien ausgearbeitet, die am 17. Nov. 2006 diskutiert werden. Diese Szenarien werden mittels einer Simulation auf ihre Auswirkung auf den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang untersucht. Dazu wurde eine Zusammenarbeit mit Prof. Peter Fleissner (TU Wien) aufgenommen. Ich zitiere aus seinem bisher unveröffentlicht Mauskript „Zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Österreich; Ein dynamisches Simulationsmodell; (Version 2: 9/9/06)

„Utopien haben den großen Nachteil, dass sie zwar eine vorstellbare und wünschenswerte Zukunft beschreiben, aber den Weg dorthin verschweigen. Hier wird ein anderer Weg beschritten. Die Zukunft wird als unmittelbare Fortsetzung der Gegenwart dargestellt, wobei einige gesellschaftliche Rahmenbedingungen gleich bleiben, andere im Sinne der erwünschten Zukunft modifiziert werden. Da es beinahe unmöglich oder zumindest unverantwortlich ist, mit ganzen Volkswirtschaften zu experimentieren, da der Erfolg des Experimentes nicht garantiert ist, wird auf dem Computer eine Ersatzwirklichkeit aufgebaut, die in idealtypischer Form (Max Weber) die gegenwärtige Wirtschaft repräsentieren soll. An dieser Ersatzwirklichkeit können Experimente vorgenommen werden, ohne dass die Wirklichkeit Schaden nimmt.

Die Ersatzwirklichkeit ist dabei aus verschiedenen Gründen NICHT mit der Wirklichkeit identisch. Es müssen aus mehreren Gründen Abstriche vorgenommen werden. Erstens trägt die Wirklichkeit eine so ungeheure Menge an Informationen, dass auch ein Computer überfordert wäre, zweitens wäre ein identisches Abbild der Welt (so wie Umberto Ecos Landkarte) keine Orientierungshilfe mehr, sondern das Original selbst, und drittens besteht die Rolle von Wissenschaft darin, durch die blind machende Oberfläche der Wirklichkeit zu sehen und mittels Abstraktion die zentralen Mechanismen, die für das Funktionieren der Gegenwart wesentlich sind, herauszuarbeiten und mit den empirisch messbaren Indikatoren zu verknüpfe"

o Prof. Fleissner betonte, dass sein Modellversuch ein grobes „Aggregiertes Modell" sei und

o dass genauere Simulationsmodelle als „Agent based Models" in neuerer Zeit Verwendung finden. Diese seien wesentlich aufwendiger, bieten aber die Möglichkeit, die Annahmen für eine Simulation genauer spezifizieren zu können, da sie explizit individuelle Entscheidungsträger berücksichtigen können.

Nach Diskussion wurde beschlossen, zunächst bei der fertigen „Aggregierten Methode" zu bleiben, um rasch zu ersten Aussagen zu kommen. Für eine genauere Simulation sollte dann später ein eigenes Projekt bei einer Forschungs-förderungsinstitution beantragt werden, um bis zur 2. „Konferenz Zivilgesellschaft" (oder spätestens bis zum Grundeinkommen-Kongress in Basel im Okt. 2007) genauere Aussagen erarbeiten zu können.

Wie bereits einleitend erwähnt, ist die Vorstellung der ersten Simulationsergebnisses beim 2. Treffen „Runder Tisch - Grundeinkommen" am 24. Nov. 2006 (ab 15 Uhr, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien) geplant.

Beiträge zu Methoden und Inhalt

Lösungswege mit sozialwirtschaftlichem Rahmen und qualitative Maßnahmenbündel zur Bewahrung des Naturhaushalts, des Gemeinwohls und der individuellen Freiheit

Harald J. Orthaber, Wien, November 2006

Einige Teile dieser Beiträge wurden schon bei der ESD-Tagung SUSFOR (27.-30.9.06) und zur Gestaltung eines Folders der Konferenz ZG eingebracht.

Generelles zur Nachhaltigkeit und zum Säulenmodell

Entflechtung des Begriffs „Nachhaltige Entwicklung". Der Begriff „Nachhaltige Entwicklung" (kurz „Nachhaltigkeit") wird ausreichend und treffend gemäß dem Brundtland-Report 1987 definiert, andere Erklärungen in verschiedenen Bereichen der Daseinsgrundfunktionen (z.B. wohnen, Mobilität, Versorgung, arbeiten, Freizeit, ...) sind als Anleitungen/Empfehlungen zur Nachhaltigkeit aufzufassen. Als Maßstab kann der „ökologische Fußabdruck" dienen.

Modifiziertes 3-Säulenmodell als ein mögliche schematische Basis. Das in Politik und Wirtschaft häufig (als Feigenblatt) benutzte 3-Säulenmodell oder Problemdreieck „Ökologie - Wirtschaft - Soziales" ist einerseits in ihrer strapazierten diffusen Ausgewogenheit zwischen diesen Bereichen zu einem zwei-säuligen Modell des Sozialen mit der Wirtschaft als Einheit und dem Bewusstsein mit Demokratie und dem Fundament des Naturhaushalts (Ökologie) umzudefinieren oder besser noch zudem die zusammenwirkenden Bereiche neu zu gestalten. Als Vorschlag könnte man die bei der Konferenz Zivilgesellschaft als Gruppe Inhalt bereits gebildeten Kernarbeitsgruppen „Lebensraum", „zukunftsfähig Wirtschaften" und „Paradigmenwechsel" dafür heranziehen:

1. Ökologie (Ressourcenhaushalt)... Fundament

2. Sozialwirtschaftliches ... 1. Säule

3. Paradigmenwechsel
Bewusstsein & Demokratie ... 2. Säule

} rationale instrumentelle Verknüpfung

} unterstützende Wechselwirkung

Als wesentliche Änderung/Verfeinerung der Demokratie ist das Modell des 3-stufigen Volksgesetzgebung eine vielversprechende Lösung. Weitere Erläuterungen, siehe Anhang 1.

Zusammenschau von Lösungsvorschlägen

Parallel geführte Lösungsvorschläge. In der vorliegenden Phase einer Festigung unserer Ziele und Methodiken der Konsens- oder Teilkonsensfindung, vielleicht im Sinne eines EVI-Prinzips, schlage ich vor, möglichst viele Modell und Maßnahmen zunächst parallel zu führen und verschiedenste Vergleiche und Querverbindungen zu legen. Es soll nicht der Eindruck einer bereits gefundenen Lösung entstehen. Sie muss gemeinsam (in unseren Runden und in der breiten Öffentlichkeit) erfragt, erarbeitet, getestet werden. Es hat daher keinen Sinn, den einen oder anderen Lösungsvorschlag zunächst auszublenden oder schon Prioritäten zu nennen.

Auch dass Lösungen damit mehr als nur einen Weg bereitstellen, soll damit unterstrichen werden.

Wenn ich nun verschiedene Vorschläge vergleiche, wie der Konsument durch seine Wahl des Einkaufs unsere Gesellschaft verbessern kann (bis zum Boykott) - bio/fair/nähe (zB cleanEuro - Projekt von SOL), sich gesünder ernährt (zB Slow-Food Bewegung), sich überhaupt hin zum genussvollen, solidarischen und ökologischen Lebensstil wenden (zB SOL-Aufruf) oder sich mit Modellen im Bereich Geld befassen, so müssen wir es auch zusammenbringen, nicht um die eine oder andere Lösung wettzueifern, sie gegenseitig geringzuschätzen, als Utopie oder als nicht umsetzbar abzutun, sondern zu erkennen, dass sich alle diese Bemühungen meist ergänzen und einander unterstützen. Wahrscheinlich geht es nur miteinander und ohne das eine wird das andere allein nicht funktionieren. Um diese Zusammengehörigkeit zu zeigen, müssen wir wohl ein ständiges Vergleichen, Nebeneinanderstellen, das gegenseitige Wirken aufeinander darstellen, betreiben. Oft wird nur das eigene Modell gut beschrieben, zu einer Zusammenschau aber kaum Zeit und Muße genommen. Ich denke, dass wir an solche Verknüpfungen alle einen Beitrag leisten müssen.

Erste Arbeiten werden, aus Sicht des Beitrages lt. Schaubild, Instrumenteller Systemaufbau (siehe nachfolgende Beschreibung), zunächst im Bereich des sozial-wirtschaftlichen Rahmens in einer Gesprächsreihe zwischen Herrn Hans Peter Aubauer und Gerhard Schuster abgewickelt. Die Ergebnisse sind derzeit grob umfasst (können als Folien zunächst demonstriert werden), müssen aber im Detail noch in Annäherung gebracht werden. Folgearbeiten, mit all jenen Gruppen oder Einzelpersonen (auch historische) mit umfassenderen wirtschaftlichen Lösungen auf verschiedenen räumlichen Ebenen (z.B. Regionalwährungen, globale ressourcengebundene Währungsmodelle, Modell von Thomas Wagner, Vergleiche mit den Lösungsvorschlägen von Christian Felber) werden von mir in Folge geplant.

Das Schaubild „Instrumenteller Systemaufbau" (siehe Anhang 2) zeigt grob vernetzte Wirkungsbereiche, Ziele und qualitative Maßnahmenbündel mit den aufgeschlüsselten Bereichen betreffend Naturhaushalt und Lebensstil, ausgehend von AkteurInnen (BürgerInnen, Legislative). Der sozial-wirtschaftliche Rahmen und das qualitative Maßnahmenbündel ergänzen einander unabdingbar. Der jeweilige Umfang der Maßnahmen ist im Zusammenwirken dann im Detail abzustimmen. Der zusammengefasste sozial-wirtschaftliche Rahmen ist Kennzeichen, dass es nur eine Einheit Soziales und Wirtschaft geben kann und nicht eine getrennte Betrachtung. Beides ergibt ein soziales/gesellschaftliches Ziel.

Vernetzungsarbeit

Strukturelle Zusammenhänge bei den Maßnahmen mit erfassen. Natürlich sind unter den auch schon genannten Vorschlägen, absolut dringende (Sofort)Maßnahmen (z.B. Energiewende) und angesichts der Absicherung und Weiterentwicklung unserer zivilisatorischen Standards in Richtung gerechte Verteilung, Freiheit und politische Partizipation ebenso Maßnahmen wie Volksgesetzgebung und Grundeinkommen sofort zu benennen. Besser wäre, zumindest für etwas tiefergehende Informationen, auch strukturelle Zusammenhänge bereits mitzuliefern. In einer ausführlicheren Form ist davon ein Beispiel skizziert, wie sie als Folder zielorientiert bei detaillierterer Information gegeben werden könnte. Vorliegend ist damit auch gleich eine Kampagne verbunden (siehe Anhang 3).

Arbeitsgruppenbegleitende Vernetzungsarbeit. Im obigen Sinn, strukturelle Zusammenhänge zu erfassen, sollten als begleitende Vernetzungsarbeit auch tiefergehende Beziehungen/Verknüpfungen zwischen den einzelnen Maßnahmen erarbeitet und informativ zwischen den Arbeitsgruppen ausgetauscht werden. Dies kann graphisch geschehen, z.B. in einer baumartigen Struktur, wie sie anhand der praktischen Mind-Mapping-Arbeiten im Projekt-Management als Planungsmethode (s. z.B. http://www.laum.uni-hannover.de/ilr/lehre/Ptm/Ptm_KreaMindMap.htm) gehandhabt werden. Diese wären im Sinne einer zielgerichteten Arbeit in Richtung Systemwandel eine bedeutsame Unterstützung, um sich nicht in Einzelheiten zu verzetteln. Diese sind ev. von anderen Gruppen bereits in übergeordnete umfassendere Maßnahme integriert. Oder es werden auch Forderungen von gar gegengerichteten Maßnahmenketten, die oft logisch begründet erscheinen, auf diese Weise verhindert.

Z.B. wird die Schließung von Steueroasen gefordert. Wenn nun auf der anderen Seite eine Verschiebung (im Grenzfall zur Gänze) der Besteuerung des Einkommens hin zur Besteuerung von Energie und Rohstoffverbrauch (Konsum) gefordert wird, so bräuchte ich mir die Maßnahmen mit der Schließung der Steueroasen nicht mehr antun. Auch wenn es nicht schadet, so geht es dabei auch um einen ev. mühevollen langen Kampf um Regelungen, die später vielleicht gar nicht mehr so wichtig gewesen wären. Man sollte sich dies deshalb vorher genau überlegen.

Thematische Details

Vergleichsuntersuchung CO2-Emission & ökologischer Fußabdruck. Die Ablehnung des ökologischen Fußabdrucks als Maßstab der Nachhaltigkeit wird auf EU-Ebene mit der

unzulänglichen Berechnungsmethode argumentiert (wissenschaftlich nicht eindeutig reproduzierbar) - soweit ich aus Gesprächen mit Wolfgang Pekny erfahren konnte. Ich habe allerdings auch den Verdacht, dass der Wille dazu fehlt, da man derzeit auf politischer Ebene bereits mit dem CO2-Emissionshandel genug zu tun hat und die sogenannte Wirtschaft dagegen ankämpft. Zumindest ist die CO2-Emission mit der Klimaerwärmung wirtschaftlich noch als zukünftig horrender Kostenfaktor argumentierbar und demnach noch in Konnex mit der gängigen Wirtschaftsdoktrin der Kosteneffizienz zu bringen. Einer echten Bewahrung der Natur bzw. des Naturhaushalts steht man nach wie vor skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Vergegenwärtigt man sich z.B. den Bericht der EU über die Ziele der CO2-Emissionen (siehe Infoblatt zur vorliegenden Klausur, Glocalist Nr.129.pdf, S. 32), so erhält man glatt den Eindruck, dass mit der CO2-Emissionsregelung dem Umweltschutz voll Genüge getan wird - auch wenn man gemäß Schätzungen eine Reduktion um 80% zugrundelegt. Es geht offenbar nur um die Verhinderung der Klimaerwärmung. Ein Vergleich mit dem ökologischen Fußabdruck und die Erfassung/Diskussion von Defiziten wären daher angebracht. Eine öffentlich wirksame Information, wie sie von Greenpeace / Ökobüro schon begonnen wurde, wäre daher dazu eine willkommene Gelegenheit.

Ökologischer Fußabdruck & Rahmenregelung für eine Ökosteuer-Politik. Zudem mache ich den Vorschlag eine Informationsveranstaltung über den ökologischen Fußabdruck auch als eine Regelgröße für die wirtschaftliche Ressourcennutzung (Summenbegrenzung) im Zusammenhang mit dem Geldsystem, im Anschluss der bereits festgelegten Themenbereiche mit Ernährung, Mobilität und Wohnen, vorzubereiten. Einen Teil der Basis könnten dafür die derzeit von Gerhard Schuster und mir initiierte Veranstaltungsreihe und weitere geplante Veranstaltungsreihen zum Brückenbau eines ökologisch orientierten Modells zu verschiedenen anderen Modellen und Vorschlägen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung sein.

RP7 - Forschungs-Rahmenprogramm der EU. Das RP7 ist nach persönlicher Einschätzung aus der Auftaktveranstaltung, vom 8.11., zwar zum großen Teil ein gigantisches Laufrad der Sachzwänge im Bann von „Growth and Jobs“ (stellvertretend verdeutlicht am Eingangs-Folder des EU-Kommissionsvertreters der Klein- und Mitteltriebe). Dennoch braucht man sich nicht scheuen, ein qualitativ dem entgegenwirkendes Projekt einzureichen, das den gesellschaftlichen Wohlstand unter Rahmenbedingungen des Naturhaushalts, gemeinwohlorientiertem Arbeiten, individueller Freiheit und politischer Partizipation, optimiert. Für die Auslotung, Koordination und für Themenbeiträge zur Einreichung würde ich mich zur Verfügung stellen.

Rückmeldungen zu den angeführten Themen erbeten an ESD-Arbeitsgruppe „Naturbewahrung und Wirtschaft / Ressourcenkultur“, Koordination: Harald J. Orthaber (e-mail: h.orthaber@fli.at)

Der Anhang kann aus produktionstechnischen Gründen nicht reproduziert werden.

European Songcycle Fundraising and Fair World Scout Project

Every change starts with a change of thinking and feeling. The European Songcycle Project offers a possibility to support this process and to get money for this work. For organisations and also for private people - who get normally no money for their civilsocietywork. So you become as a Songcycleproject Fair World Scout a professional networker of the civilsociety.

The European Songcycle transports general and special messages - as for instance in Edition 1 the EU-constitutionproject - by different music styles and partly in the language of different countries. The first CD Edition will be ready at the end of November. The CD is not available in musicshops. It is exclusively distributed by members of the civilsociety.

You can hear examples at www.joyfuleurope.net. If you like the music you are the right person for this project.

How your work works

You pay Euro 140 (Euro 6 per CD distribution and shipping-costs included) for each 10 CD-Package to a trusteeaccount.

You send an email with your name, your postalnumber, your address and how many CD-packages you want.

After getting your CDs you offer them on occasion to people for reasonable contribution. If you have the possibility to play the music, do it. If you can't play the CD, offer the possibility to bring it back within 14 days against a full refund. Don't forget to ask the people to tell you what they think about the music and the message after listening. Your job isn't to sell CDs, your job is networking. Please be aware of that.

A reasonable contribution corresponds to the CD-Value of Euro 22 (written at the backside of the CD). That means you gain per package Euro 80 for your project/organisation or for your work as Fair World Scout.

Of course you can use your CD also as a present. If you leave it for money don't offer it for less than 22 Euro. A good product has an reasonable price. If one really want to have a CD (s)he will spend the Euro 22. If one can't spend it, you can of course leave him/her a part of your Euro 8 - if you want.

We choosed the contribution concept instead of a sales concept because this corresponds to the character of non profit organisations and because it's easier to administrate.

Here some ideas for organisations concerning the promotion of CDs.

Play the CD at your events.
Put some displays at your desk.
Offer them as a present for friends or christmas
Give some information in your newsletter
Send a CD to longterm contributors as a „Thank you“ and invite them for an additional contribution if they like it
if members of your organisation like to distribute it in their private field: Let them do it
And o on ...

If you want to be registered as a person or organisation where one can get CDs, it is possible after ordering your second package. Send an email with your postal- and phonenumber to songcycle@utanet.at

One wish at the end: Talk with people about social, economical, ecological and cultural aspects or whatever only as far and as long they are interested in the topic and in you, Don't bother them with arguments for whatever. Please be sensible for that. Leave people their privacy and let them come to new insights by themselves. The CD helps you.

Ihre Anlage. Ihre Werte.
SUPERIOR Ethik Fonds

Reden Sie mit uns, wie man mit nachhaltigen Investments gleich mehrfach profitieren kann.
Tel.: (01) 534 34-18, Herr Mag. Gerhard Tometschek

Informieren Sie sich jetzt!
www.schelhammer.at/fonds

FONDS
Schelhammer & Schattera
Werte verbinden uns

GLOCK klagt amnesty international

GLOCK versucht durch eine Klage über 40.000 EURO amnesty international Österreich (ai) mundtot zu machen, doch ai zieht nicht zurück. Das Vorgehen von GLOCK reiht sich in jene Versuche, Pressefreiheit und NGOs mit Klagen in ihre Berufsausübung wie menschenrechtlichen Engagement zu behindern.

Zur Vorgeschichte

Am 31. März 2006 forderte amnesty international die österreichische Waffenfirma Glock und das Wirtschaftsministerium auf, den Verbleib der Glock Pistole mit der Seriennummer HAP 850 aufzuklären. Ein ai bekannter US-Journalist hatte die Pistole in Darfur im Sudan in den Händen von Rebellen gesehen. Am 20. April forderten die Anwälte der Firma Glock ai auf, die "unseriöse Quelle" der "Falschbehauptungen" bekannt zu geben. ai erklärte, die Quelle nicht preiszugeben, da dies den Journalisten wegen seiner exponierten Tätigkeit in menschenrechtlichen Krisengebieten gefährden würde.

Zum Verbleib der Pistole gibt Glock an, sie sei mit weiteren 104 Pistolen aufgrund einer Exportbewilligung des Wirtschaftsministeriums nach Kuwait für den zivilen Markt geliefert worden und befinde sich inzwischen wieder in einem Tresor der Firma Glock. Am 30. September 2006 langte die Klage von Gaston Glock, dem Geschäftsführer der Firma Glock, bei amnesty international ein. Der Vorwurf: ai hätte ihn persönlich der Verletzung des UN-Embargos zum Sudan beschuldigt und damit unterstellt, sich nach dem Außenhandelsgesetz strafbar gemacht zu haben.

amnesty international beharrt nach wie vor auf einer lückenlosen Aufklärung dieser Waffenlieferung. Die entsprechende Export- und Importbewilligung wurden bis heute nicht offengelegt. „Wir sind es gewohnt, dass unsere Kritik unbequem ist, neu ist allerdings, dass wir verklagt werden, weil wir Aufklärung fordern, in diesem Fall die Aufklärung einer Waffenlieferung," sagt Heinz Patzelt. „Wir lassen uns von niemandem mundtot machen, auch nicht von finanzkräftigen Waffenfirmen"

HINTERGRUND

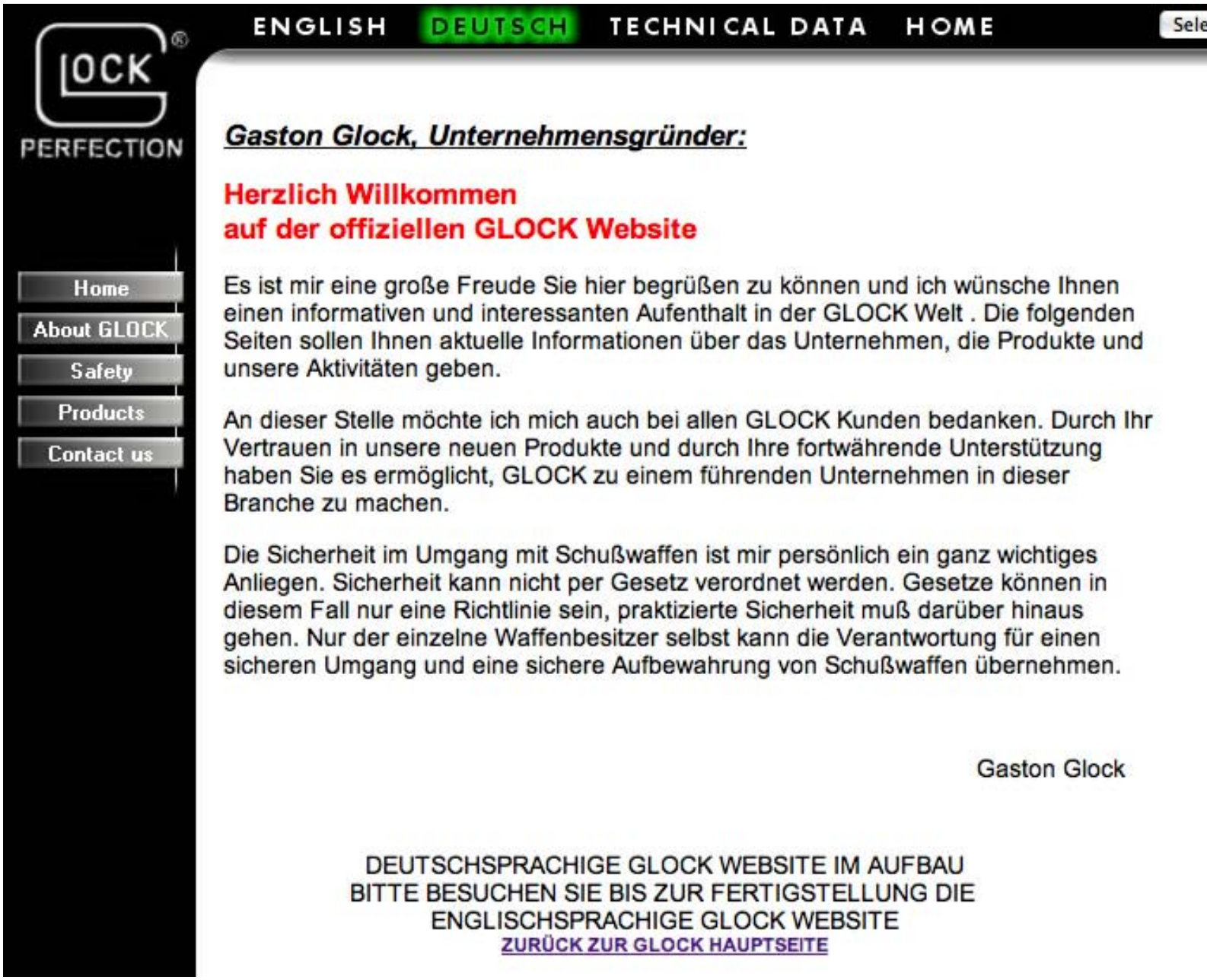
Der unkontrollierte Waffenhandel kostet jährlich unzählige Menschenleben, schürt bewaffnete Konflikte und verursacht schwere Menschenrechtsverletzungen. Weltweit sterben mehr als 1.000 Menschen täglich an den Folgen von Waffengewalt. Allein im nach wie vor andauernden Bürgerkrieg in der Provinz Darfur im Sudan sind geschätzte 200.000-300.000 Menschen ums Leben gekommen, Hunderttausende wurden aus ihren Dörfern vertrieben, zehntausende Frauen von bewaffneten Milizen vergewaltigt.

Eine bessere Kontrolle des internationalen Handels mit Rüstungsgütern ist daher ein zentrales Anliegen von amnesty international. Wie ein ai-Bericht vom März 2006 beweist, wurden jedoch alle 13 Waffenembargos, die von den Vereinten Nationen in den vergangenen zehn Jahren verhängt wurden, systematisch gebrochen. Daher ist es für ai besonders wichtig, die Handelswege von Waffen und Rüstungsgütern genau zu kennen, um verhindern zu können, dass diese in Konfliktgebiete gelangen.

ZUR CHRONOLOGIE (erstellt von amnesty international)

Zur Vorgeschichte

8. November 2004
amnesty international nimmt Stellung zum Entwurf eines neuen Außenhandelsgesetzes und einer Novelle des Kriegsmaterial-



ENGLISH DEUTSCH TECHNICAL DATA HOME

GLOCK PERFECTION

Home
About GLOCK
Safety
Products
Contact us

Gaston Glock, Unternehmensgründer:

Herzlich Willkommen auf der offiziellen GLOCK Website

Es ist mir eine große Freude Sie hier begrüßen zu können und ich wünsche Ihnen einen informativen und interessanten Aufenthalt in der GLOCK Welt . Die folgenden Seiten sollen Ihnen aktuelle Informationen über das Unternehmen, die Produkte und unsere Aktivitäten geben.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei allen GLOCK Kunden bedanken. Durch Ihr Vertrauen in unsere neuen Produkte und durch Ihre fortwährende Unterstützung haben Sie es ermöglicht, GLOCK zu einem führenden Unternehmen in dieser Branche zu machen.

Die Sicherheit im Umgang mit Schußwaffen ist mir persönlich ein ganz wichtiges Anliegen. Sicherheit kann nicht per Gesetz verordnet werden. Gesetze können in diesem Fall nur eine Richtlinie sein, praktizierte Sicherheit muß darüber hinaus gehen. Nur der einzelne Waffenbesitzer selbst kann die Verantwortung für einen sicheren Umgang und eine sichere Aufbewahrung von Schußwaffen übernehmen.

Gaston Glock

DEUTSCHSPRACHIGE GLOCK WEBSITE IM AUFBAU
BITTE BESUCHEN SIE BIS ZUR FERTIGSTELLUNG DIE ENGLISCHSPRACHIGE GLOCK WEBSITE
ZURÜCK ZUR GLOCK HAUPTSEITE

gesetzes. Ein Hauptkritikpunkt an den bestehenden Gesetzen sind Lücken in der Exportkontrolle für Technologietransfers und technische Unterstützung.

16. November 2004
Ein neuer ai-Bericht untersucht Waffenlieferungen, die trotz UN-Embargo den Sudan erreichen und den blutigen Konflikt weiter schüren.

26. April 2005
Anlässlich der Behandlung der Gesetzesnovelle im Wirtschaftsausschuss des Parlaments, am 29. April 2005, veröffentlicht amnesty international eine aktualisierte Stellungnahme auf ihrer Homepage. Zur Verdeutlichung der Lücken in den geltenden Gesetzen führt ai 3 Beispiele an, darunter die (in verschiedenen Medien veröffentlichte) Ankündigung der Firma Glock, eine Lizenzproduktion in Dubai errichten zu wollen.

5. Juli 2005
Ein neuer ai-Bericht zeigt, dass auch in der DR Kongo das UN-Embargo nicht wirksam ist und weiterhin zahllose Waffen über verschiedenste Kanäle das Konfliktgebiet erreichen.

8. Februar 2006
UN-ExpertInnen kritisieren, dass nach wie vor zahlreiche Waffenlieferungen in die Krisenregion Darfur/Sudan gelangen und die Regierung selbst das Waffenembargo verletzt.

16. März 2006
Ein neuer ai-Bericht belegt, dass UN-Waffenembargos für Konfliktgebiete, einschließlich Darfur/Sudan, systematisch gebrochen werden. Untersuchungsteams der UNO sind völlig unzureichend ausgestattet und haben zu wenig Zeit, um die

Transportwege geheimer Waffenlieferungen aufzudecken.

5. Oktober 2006
Ein neuer ai-Bericht dokumentiert die unzähligen Menschenrechtsverletzungen, die in Darfur/Sudan seit 2003 begangen wurden. Trotz Unterzeichnung eines Friedensabkommens im Mai 2006 flammte der Konflikt in der Krisenregion erneut auf.

Hintergründe der Klage

März 2006
Ein ai bekannter US-Journalist teilt mit, dass er am 26. Februar 2006 anlässlich einer Recherche im Sudan eine Glock-Pistole in El Geneina in den Händen einer Rebellengruppe gesehen und sich die Seriennummer notiert hat.

31. März 2006
Pressemitteilung und Schreiben von amnesty international, in der die Firma Glock und das Wirtschaftsministerium aufgefordert werden, unverzüglich aufzuklären, wie eine Glock-Pistole mit der Seriennummer HAP 850 in die Hände von Rebellen in Darfur gelangen konnte.

6. April 2006
Die Anwaltskanzlei BKQ versichert im Namen der Firma Glock schriftlich, dass die fragliche Pistole "völlig ordnungsgemäß und rechtskonform exportiert [wurde], und zwar nicht in ein afrikanisches Land." Außerdem wird angefragt, welche Rechtsorganisation amnesty international Österreich ist und auf welcher Rechtsgrundlage ai die Informationen begehrt.

13. April 2006
Das Wirtschaftsministerium teilt mit, das Schreiben von ai Österreich an das Innenministerium/Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung weitergeleitet zu haben.

20. April 2006
Die Anwaltskanzlei BKQ teilt im Namen der Firma Glock schriftlich mit, sie habe Nachforschungen zur fraglichen Pistole angestellt - die sich nach wie vor in den Händen des Eigentümers außerhalb von Afrika befinde - und fordert ai Österreich auf, innerhalb von 8 Tagen die Quelle der Information bekannt zu geben, da andernfalls rechtliche Schritte eingeleitet würden.

21. April 2006
Nach Einlangen des Schreibens der Anwaltskanzlei BKQ ergänzt ai Österreich ihre Homepage auf Grundlage der neu erlangten Informationen über den Verbleib der fraglichen Glock-Pistole.

22. April 2006
In einem Telefonat zwischen ai und der Rechtsanwaltskanzlei BKQ teilt diese im Namen der Firma Glock mit, dass Glock über ein einzigartiges Produkt für institutionelle Anwender verfüge und mit Ausnahme des US-Marktes keinerlei Interesse an Privatgeschäften mit Waffen habe. Die konkrete Waffe befinde sich in den Händen eines institutionellen (sic!), legalen Besitzers im Mittleren Osten, aber außerhalb Sudan oder Irak.

27. April 2006
ai Österreich informiert das Wirtschaftsministerium sowie das (vom Wirtschaftsministerium eingeschaltete) Bundesamt für Verfassungsschutz über die von der Anwaltskanzlei BKQ im Namen der Firma Glock übermittelten Informationen.

28. April 2006
ai Österreich erläutert in einem Schreiben an die Anwaltskanzlei BKQ ausführlich ihre Position und die Gründe für das Aufgreifen der Beobachtung des US-Journalisten.

Die Klage

12. September 2006
Schreiben der Anwaltskanzlei BKQ im Namen der Firma Glock und deren Geschäftsführer Gaston Glock: amnesty international wird bei sonstiger Klage aufgefordert, binnen einer Woche einen Widerruf zu beiden Veröffentlichungen zu publizieren und Euro 65.000,-- an Schadenersatz zu zahlen. Andernfalls würden rechtliche Schritte gegen amnesty international Österreich ebenso wie gegen Generalsekretär Mag. Heinz Patzelt und die Juristin Mag.a Andrea Huber eingeleitet.

18. September 2006
amnesty international nimmt durch ihre Rechtsanwältin zum Schreiben der Anwaltskanzlei BKQ im Namen der Firma Glock Stellung und weist die Ansprüche zurück.

30. September 2006
Einlangen der Klage von Gaston Glock gegen amnesty international Österreich auf medienrechtliche Entschädigung von Euro 40.000,-- beim Landesgericht für Strafsachen Wien

30. Oktober 2006
amnesty international Österreich schickt ihre Stellungnahme an das Landesgericht für Strafsachen Wien

Kommissar Piebalgs trifft Klimaexperten Sir Nicholas Stern im Zusammenhang mit der Überprüfung der Energiestrategie der EU

Am 10. November traf Andris Piebalgs, für Energiefragen zuständiges Mitglied der Kommission, mit Sir Nicholas Stern zusammen, dem Leiter der Abteilung Wirtschaft des britischen Finanzministeriums, einem der weltweit bekanntesten Spezialisten der wirtschaftlichen Aspekte des Klimawandels. Kommissar Piebalgs und der Autor des "Stern-Berichts" erörterten den Beitrag der europäischen Energiepolitik zur Bekämpfung des Klimawandels im Zusammenhang mit der "Überprüfung der Energiestrategie der EU", die die Kommission Anfang 2007 verabschieden will. "Der Klimawandel ist eine globale Bedrohung, die rasche Maßnahmen erforderlich macht", sagte Kommissar Piebalgs. "Als verantwortliche Energiepolitiker sollten wir erwägen, uns auf europäischer Ebene ehrgeizige Ziele zur Förderung kohlenstofffreier Energiequellen zu setzen. Es ist nicht nur unbedingt notwendig, unsere Erde zu retten, sondern auch wirtschaftlich vernünftig. Diese Sichtweise liegt der Überprüfung unserer Energiestrategie zugrunde."

In dem am 30. Oktober veröffentlichten Stern-Bericht über die Ökonomie des Klimawandels wird hervorgehoben, dass dieser ein ernstes Problem darstellt, das nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen auf globaler Ebene dringend anzugehen ist. Der Bericht geht davon aus, dass - wenn wir untätig bleiben – die Gesamtkosten und –risiken des Klimawandels für alle Zukunft einem jährlichen Rückgang des globalen BIP um mindestens 5% gleichgesetzt werden können. Berücksichtige man zusätzliche Risiken und Folgen, könne man zu Schadensschätzungen von 20% des BIP und mehr kommen. Die Kosten von Gegenmaßnahmen (Verringerung der CO2-Emissionen in den nächsten 10-20 Jahren) könnten jedoch auf etwa 1% des globalen BIP jährlich begrenzt werden.

Das Gespräch zwischen Kommissar Piebalgs und Sir Nicholas Stern fand im Rahmen der Konsultationen statt, die die Kommission zur Vorbereitung der ersten "Überprüfung der Energiestrategie" der EU durchführt, die der Europäische Rat für den 24. März verlangt hat. Dieses Dokument wurde bereits im Grünbuch für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung angekündigt und wird die Grundlage der neuen europäischen Energiepolitik bilden. Die "Überprüfung der Energiestrategie" - die dem Europäischen Rat und dem Parlament in Zukunft in regelmäßigen Abständen vorgelegt werden wird - soll eine Bestandsaufnahme und einen Aktionsplan für die Tagung des Europäischen Rates im März liefern.

Es sollen darin mittel- und langfristige Ziele für den Ausbau umweltfreundlicher und erneuerbarer Energiequellen in der EU vorgeschlagen werden. Die überprüfte Strategie ist Teil des "Energiepakets", zu dem ferner der "Fahrplan" für die Entwicklung erneuerbarer Energien, ein Bericht über die Lage des Energiebinnenmarktes, die Ergebnisse der wettbewerbsbezogenen sektorspezifischen Umfrage zum Energiebinnenmarkt, ein Plan für prioritäre Verbünde, eine Mitteilung über die saubere Nutzung von Kohle und ein Bericht über die Ökonomie der Kernenergie gehören.

EU-Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit

Fragen und Antworten zur EU-Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit sowie deren Selbstverpflichtungen

Übergewicht und Fettleibigkeit: wie ist die Lage in der EU?

Übergewicht und Fettleibigkeit sind in Europa auf dem Vormarsch: bis zu 27 % der Männer und 38 % der Frauen gelten in einigen Mitgliedstaaten als fettleibig. Auch die Zahl der übergewichtigen Kinder nimmt rapide zu (um 400 000 jährlich). Fettleibigkeit ist ein Risikofaktor für viele schwere Krankheiten, z. B. Herzerkrankungen, Typ-2-Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfall und bestimmte Krebsarten.

Ungesunde Ernährung und mangelnde körperliche Bewegung zählen zu den häufigsten Gründen für vermeidbare Todesfälle in Europa, und durch Fettleibigkeit bedingte Krankheiten verursachen EU-weit schätzungsweise 7 % der gesamten Ausgaben im Gesundheitswesen.

In Südeuropa ist die Fettleibigkeit weiter verbreitet als in Nordeuropa, da die traditionelle mediterrane Ernährung immer mehr durch verarbeitete Lebensmittel mit hohem Fett-, Zucker- und Salzgehalt verdrängt wird. Spanien, Italien, Portugal, Malta und Kreta melden Übergewichts- und Fettleibigkeitsraten von mehr als 30 % bei 7-11-Jährigen, während England, Irland, Zypern, Schweden und Griechenland mehr als 20 % verzeichnen. Frankreich, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Deutschland, Dänemark, die Niederlande und Bulgarien verzeichnen Übergewichtsraten von 10-20 % in dieser Altersgruppe.

Was ist die EU-Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit?

Die Plattform wurde am 15. März 2005 ins Leben gerufen. Sie ist ein praktisches Beispiel für das Engagement der Kommission, die Regelungsverfahren zu verbessern und zu vereinfachen. Sie führt auf transparente und proaktive Weise ein breites Spektrum von wichtigen Akteuren zusammen. Da sich alle Akteure freiwillig beteiligen, können viel schneller Maßnahmen getroffen werden als durch Rechtsvorschriften.

Wer ist an der Plattform beteiligt?

Die Plattform bringt wichtige Vertreter der Lebensmittelindustrie, des Einzelhandels, des Gaststättengewerbes und der Werbebranche, der Genossenschaftsbewegung, der Verbraucherverbände, der Gesundheitsberufe und der Nichtregierungsorganisationen im Gesundheitswesen auf EU-Ebene zusammen. Ihre Gründungsmitglieder sind die Europäische Kommission, die Vereinigung der Ernährungsindustrie der EU (CIAA), Eurocommerce – der Vertreter des Einzel-, Groß- und internationalen Handels in Europa, die Europäische Gemeinschaft der Konsumgenossenschaften (EURO COOP), der Europäische Verbraucherverband (BEUC), das European Heart Network (EHN), der Europäische Verband moderner Restaurants, der Verband der Europäischen Vendingindustrie (EVA), die Internationale Adipositasgesellschaft (IOTF), der Ständige Ausschuss der europäischen Ärzte (CPME) und der Weltverband der werbetreibenden Wirtschaft (WFA). Die Weltgesund-

heitsorganisation (WHO) und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) haben sich der Plattform als Beobachter angeschlossen.

Welche Verpflichtungen haben die Mitglieder der Plattform übernommen?

Diese Verpflichtungen reichen von gezielten lokalen Maßnahmen bis hin zu europaweiten sektorübergreifenden Initiativen. Unter anderem hat sich die Lebensmittelindustrie verpflichtet, sich auf gemeinsame Werbegrundsätze zu verständigen, die bis 2007 in 80 % der Mitgliedstaaten eingeführt werden sollen. Des weiteren hat sich die Europäische Vereinigung der Verbände von Getränkeherstellern darauf geeinigt, ihre Produkte nicht direkt an Kinder unter 12 Jahren zu vermarkten.

Welche Hauptschwerpunkte haben die verschiedenen Selbstverpflichtungen?

Die 146 Selbstverpflichtungen umfassen unter anderem:

- die Förderung einer gesunden Lebensweise mittels Aufklärung über Ernährung und Bewegung:
  die Selbstverpflichtungen in diesem Bereich reichen von sehr weit gefassten, wie Kampagnen und Websites, bis hin zu gezielteren, wie Preisnachlässen für die Mitgliedschaft in Fitnessstudios, Beratung durch Diätassistenten, Workshops oder der Eröffnung von Wanderwegen.

- Werbung/Marketing:
  Die Lebensmittel- und Getränkeindustrie hat ihre Grundsätze für die Werbung überprüft und sich verpflichtet, sie bis Ende 2007 in 80 % der Mitgliedstaaten umzusetzen. Diese Grundsätze gelten nunmehr für alle Werbetätigkeiten (Fernsehen, Internet, Tätigkeiten in Schulen usw.). Die Vereinigung der Getränkehersteller (UNESDA) hat sich verpflichtet, kein Direktmarketing in der EU zu betreiben, das sich an Kinder unter 12 Jahren richtet, und hat Leistungsindikatoren zur Bewertung dieser Aktion festgelegt.

- Nährwertinformation und -kennzeichnung:
  Mehrere Unternehmen haben sich freiwillig bereit erklärt, ihre Produkte mit Nährwertinformationen zu kennzeichnen. Die Obst- und Gemüseindustrie wird ein europäisches Logo einführen, das Kinder zum Verzehr von mehr frischem Obst und Gemüse anregen soll. Auch Restaurants werden mehr Nährwertinformationen in die Speisekarten aufnehmen.

- Verbreitung:
  Die Maßahmen umfassen die verstärkte Veröffentlichung von Artikeln über Adipositas in medizinischen Fachzeitschriften, um die Beschäftigten im Gesundheitswesen auf dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu halten.

- Forschung und Erhebungen:
  Dazu gehören Maßnahmen zur Forschung über die Entwicklung innovativer Lebensmittelerzeugnisse.

- Produktumgestaltung/Änderung der Zusammensetzung/Portionsgrößen:
  Verbände des Gaststättengewerbes haben sich verpflichtet, ausgewogenere Mahlzeiten anzubieten und den Gehalt der Speisen an Fett, Zucker und Salz zu senken. Die Vereinigung der Getränkehersteller UNESDA hat sich verpflichtet, die Zahl der kalorienarmen oder -freien Getränke zu erhöhen.

- Strategieentwicklung:
  Mehrere Mitglieder, die nicht der Industrie angehören, haben sich verpflichtet, durch Lobbyismus, die Veranstaltung von Konferenzen usw. gezielt auf die Beeinflussung der politischen Entscheidungsträger hinzuwirken.

Welche Unternehmen und Selbstverpflichtungen werden heute namentlich genannt und gelobt?

Die Kommission hat beschlossen, folgende Unternehmen hervorzuheben:

- die neun in der Vereinigung UNESDA zusammengeschlossenen Getränkehersteller, die sich verpflichtet haben, kein Direktmarketing zu betreiben, das sich an Kinder unter 12 Jahren richtet, und die ein System unabhängiger Berater eingerichtet haben, um die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung zu überwachen;

- McDonald's für die Selbstverpflichtung, in ganz Europa Nährwertinformationen auf die Verpackungen zu setzen;

- Unilever für die Selbstverpflichtung, die Produktzusammensetzung zu ändern;

- Kraft für die Verpflichtung, bestimmte Produkte nicht direkt an Kinder zu vertreiben, sofern sie nicht ein bestimmtes Nährwertprofil haben.

Wie passt die Plattform in die allgemeinere Strategie der Kommission im Bereich Ernährung und Bewegung?

Die Plattform ist eine von mehreren derzeit laufenden EU-Initiativen. Die Kommission fördert beispielsweise Projekte im Rahmen des EU-Programms im Bereich der öffentlichen Gesundheit, sie hat ein Netz von Sachverständigen der Mitgliedstaaten für Ernährung und Bewegung eingerichtet und neue Rechtsvorschriften über die Verwendung von gesundheits- und ernährungsbezogenen Aussagen von Unternehmen erlassen, die Lebensmittel vermarkten (siehe IP/06/1530). Dennoch bedarf es einer übergreifenden Strategie. Die Bekämpfung der Fettleibigkeit erfordert Maßnahmen im Bereich der Ernährung ebenso wie solche zur Förderung der körperlichen Aktivität und gesunden Lebensführung. Im Dezember 2005 legte die Kommission ein Grünbuch mit ersten Ideen hierzu vor. Dieses Grünbuch leitete eine umfassende Konsultation ein, deren Ergebnisse am 11. September 2006 vorgelegt wurden.

Es gingen mehr als 260 Antworten von Akteuren wie den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, Islands, Norwegens und der Schweiz, der Fachkreise des Gesundheitswesens, der Lebensmittelindustrie, Universitäten und der breiten Öffentlichkeit ein. Angesichts der Komplexität der Thematik befürworteten die meisten Akteure einen sektorübergreifenden Ansatz mit kohärenten Maßnahmen in allen Bereichen der EU-Politik. Viele Beiträge wiesen auch darauf hin, dass Kindern und Jugendlichen besonderes Augenmerk gelten müsse, da bei diesen ein starker Anstieg der Fettleibigkeit beobachtet wird. Außerdem wurde zu besserer, klarer, einheitlicher und auf gesicherten Erkenntnissen beruhender Verbraucherinformation über Lebensmittel aufgerufen.

Weitere Informationen über Ernährung und Adipositas:

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/nutrition/nutrition_de.htm

Weitere Informationen über die EU-Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit:

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/nutrition/platform/platform_en.htm

Kommission begrüßt den "World Energy Outlook" der IEA als nützlichen Input für die europäische Energiepolitik

Das für Energiefragen zuständige Kommissionsmitglied Andris Piebalgs begrüßte den World Energy Outlook 2006, der am 8. November von der Internationalen Energieagentur (IEA) vorgelegt wurde, und bezeichnete ihn als nützlich für die Entwicklung der europäischen Energiestrategie, die zu Beginn nächsten Jahres in dem Dokument "Überprüfung der Energiestrategie der EU" im Einzelnen dargelegt werden soll. Kommissar Piebalgs äußerte sich zu dem Bericht wie folgt: "Gemäß den von der IEA festgestellten Trends wird die globale Nachfrage nach Primärenergie bis 2030 um 53% zunehmen. Damit werden die Verbraucherländer anfälliger gegenüber gravierenden Versorgungsunterbrechungen und den sich daraus ergebenden drastischen Preiserhöhungen. Außerdem verstärken sich dadurch die globalen Klimaveränderungen. Genau dies wollen wir mit der neuen europäischen Energiepolitik vermeiden."

In diesem wichtigen Bericht wird die Notwendigkeit durchgreifender politischer Maßnahmen im Energiebereich weltweit betont. Es wird darin ein alternatives politisches Szenario beschrieben, wonach die energiepolitische Zukunft wesentlich besser aussehen kann, wenn die Regierungen weltweit ehrgeizige Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und kohlenstofffreier Energiequellen ergreifen. Durch diese Maßnahmen könnte die globale Energienachfrage bis 2030 um 20% gesenkt werden. Schon ein Dutzend gezielter Maßnahmen in Schlüsselländern - auch in der EU - könnten einen Rückgang der CO2-Emissionen weltweit um 40% bewirken.

Anfang nächsten Jahres wird die Europäische Kommission die erste Überprüfung der Energiestrategie der EU vorlegen, die bereits im Grünbuch für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung in Europa angekündigt worden war und die Grundlage der neuen europäischen Energiepolitik bilden wird. Diese erste Überprüfung der Strategie soll eine Bestandsaufnahme und einen Aktionsplan für die Tagung des Europäischen Rates im März liefern. Solche Überprüfungen werden in Zukunft dem Europäischen Rat und dem Parlament in regelmäßigen Abständen vorgelegt werden.

In der Überprüfung der Energiestrategie der EU sollen mittel- und langfristige Ziele für den Ausbau umweltfreundlicher und erneuerbarer Energiequellen in der EU vorgeschlagen werden. Sie ist Teil des "Energiepakets", zu dem ferner der "Fahrplan" für die Entwicklung erneuerbarer Energien, ein Bericht über die Lage des Energiebinnenmarktes, die Ergebnisse der wettbewerbsbezogenen sektorspezifischen Umfrage zum Energiebinnenmarkt, ein Plan für prioritäre Verbünde, eine Mitteilung über die saubere Nutzung von Kohle und ein Bericht über die Ökonomie der Kernenergie gehören. ■

DIE MIKRO-ANALYSE

Eingeführt von Fritz Pregl, geboren in Ljubljana/Slowenien
Chemie-Nobelpreisträger für Österreich

www.arbeitsraum.at

Fritz Pregl ist einer von vielen MigrantInnen des letzten Jahrtausends, der dank seines Einsatzes große Leistungen für alle erbracht hat. Es wäre ein Verlust , hätte er keine Chance erhalten.

Heute leben in Österreich rund 1 Million Menschen, die nicht hier geboren sind. Wir wollen gleiche Chancen und gleiche Rechte für alle, die in Österreich leben. Erwerbstätigkeit ist eine Voraussetzung für die Teilnahme an der Gesellschaft und erhöht die Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensplanung. Daher wollen wir die Beseitigung von Diskriminierungen, die MigrantInnen davon abhalten. Wir setzen am lokalen Arbeitsmarkt und Wirtschaftsraum an. Dafür setzen wir uns ein:

- Chancengleichheit herstellen, direkte und indirekte Diskriminierungen beseitigen
- Strukturelle Voraussetzungen verbessern, Barrieren abbauen
- Diversität als Chance begreifen
- Arbeit erhalten, Arbeitsmöglichkeiten erschließen

Unsere Anliegen haben wir in einer Charta zusammengefasst. Stimmen Sie für mehr Chancengleichheit und gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung.
Die Charta und weitere Informationen erhalten Sie unter: www.ikap.at

DIE REGION BRAUCHT ALLE!

Interkultureller Kommunaler Aktionsplan
IKAP

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Zur Demokratiediskussion im ÖGB

Nachstehend publizieren wir die Zwischenberichte der Teilreformgruppen des ÖGB. Diese wurden am 10.11. erstmalig auf **derStandard.at** veröffentlicht und als Download zur Verfügung gestellt.

Dazu bemerkt der ÖGB: „Bei den heute (am 10.11., Anmerkung) auf "Standard Online" zum Teil veröffentlichten Berichten der ÖGB-Projektgruppen handelt es sich großteils um Zwischenberichte. Diese werden noch weiter diskutiert. Der Endbericht wird erst Ende November im Projektlenkungsausschuss erstellt. In den Endbericht fließen auch noch die Ergebnisse der Mitgliederbefragung und der Regionalkonferenzen ein."

Zum Hintergrund ist anzumerken, dass mit Einsetzung der Projektgruppen der ÖGB am 2. August 06 schriftlich von den GLOCALIST Medien eingeladen worden ist, im Detail die Aufgabe und Ziele der Projektgruppen sowie die Projektleitungsteams vorzustellen. Dies wurde von Seiten des ÖGB abgelehnt.

Wie verschiedene Hintergrundgespräche ergaben, haben diese Einladung der GLOCALIST Medien die Projektgruppenleiter/innen niemals zu Gesicht bekommen.

Mit der Publikation der nachstehend dokumentierten Zwischenberichte wurde der ÖGB am 10.11. eingeladen, diese Teilberichte zur Verfügung zu stellen, was von diesem durch eine Mitarbeiterin des ÖGB abgelehnt worden mit dem Hinweis, man könne sich diese ja vom derStandard.at downlaoden.

Damit hat sich die die Transparenz- und Demokratiediskussion innerhalb des und durch den ÖGB wohl selber kommentiert.

Dennoch braucht es einen transparenten und demokratischen ÖGB, weshalb diese Diskussion Fortsetzung erfahren soll und wir freuen uns über Kommentare und Beiträge zu den nachstehenden Dokumenten. ■